:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 20.5.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verfehlte Pro NRW deutlich ihr selbst ausgegebenes Ziel von 5%+x. Dennoch wird das Ergebnis schön geredet.



Foto: Karin Richert

Kein „politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr“

Auf dem „Programmparteitag“ von Pro NRW am 19.2.2010 im „Forum Leverkusen“ verkündete ihr Vorsitzender Markus Beisicht als Ziel den Einzug in den Landtag:[1] „Eine Rüttgers-CDU, die schon Planspiele für eine schwarz-grüne Koalition macht, kann keine Alternative für konservative und patriotische Bürger dieses Bundeslandes mehr sein. Wir dagegen füllen das Vakuum zwischen den prinzipienlosen Altparteien in der Mitte und abgehalfterten Splittergruppierungen im Rechtsaußenbereich. ... wir wollen im Flächenland Nordrhein-Westfalen den Beweis antreten, dass wir auch kurzfristig ein Ergebnis von 5 + x erreichen können.“

Beisicht sah ein politisches „Vakuum rechts der Mitte“, das von der Pro-Bewegung besetzt werden soll.[2] Als politische Gegner wurden die „abgewirtschafteten Altparteien.“ gesehen „und nicht irgendwelche Splittergrüppchen, die um die Vorherrschaft im Nullkomma-Ghetto kämpfen“. Bei diesen „Splittergrüppchen“ handelt es sich um NPD und die „Republikaner“, die mit der Pro-Bewegung um die Hegemonie im rechten Lager streiten.

Pro NRW stellte sich als „patriotische Oppositionsbewegung“[3] dar, die angeblich die „wahren Interessen“ der „einheimischen steuerzahlenden Bevölkerung“ vertritt:[4] „Es wird alles beim Alten bleiben, wenn nicht endlich ein frischer Wind die vermieften Parlamente durchzieht. Es geht nicht um die Verlustängste der Parteibonzen in Düsseldorf, sondern um ihre Sorgen, um die Sorgen der Bürger. Wir sind gegen diesen volksfernen Parteienstaat und für mehr direkte Demokratie. Wir sind gegen eine Politik der großen Finanzinteressen, wir sind für die Wahrnehmung der mittelständischen Interessen.“

Die WählerInnen wurde dazu aufgerufen, „ein weithin vernehmbares Ausrufezeichen des Protestes gegen die Politik der Altparteien zu setzen.“ Pro NRW inszenierte sich als „die Stimme der schweigenden Mehrheit“, was jeder empirischen Grundlage entbehrt.[5] Bei Meinungsumfragen oder Wahlen kam Pro NRW niemals über den Status einer Kleinpartei hinaus.

Die schwache bis nicht vorhandene Oppositionspolitik in den Stadträten und Kreistagen wurde von Pro NRW in ungerechtfertigter Weise als Erfolg gefeiert:[6] „Und wir rechten Demokraten von pro NRW haben bereits in vielen Stadträten und Kreistagen bewiesen, dass wir es ehrlich meinen mit Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen!“

Das Wahlkampfprogramm von Pro NRW war durchdrungen von antimuslimischer Hetze, rassistischen Stereotypen gegenüber MigrantInnen, angeblicher Korruptionsbekämpfung und von einer rigiden Law-and-Order-Politik. In knappen undifferenzierten Sätzen wurden die acht Punkte des Programms (Wir pro NRW, Zuwanderung begrenzen, Islamisierung stoppen, Innere Sicherheit herstellen, Soziale Gerechtigkeit schaffen, Demokratie und Bürgerrechte stärken, Korruption stoppen, Wertorientierte Bildung und Erziehung ermöglichen, Rückbesinnung auf kulturelle Werte durchsetzen) abgehandelt.[7]

Extra für den Wahlkampf wurde das Internetportal unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ eingerichtet, wo eine Zusammenfassung des politischen Programms und Wahlkampfaktivitäten zu sehen sind. Auf die bei anderen Parteien üblichen Angebote, sich im Internet mit Fragen oder Anregungen an die jeweiligen Bewerber zu wenden, verzichtete Pro NRW völlig. Dies konterkariert ihren eigenen Anspruch auf „direkte Demokratie“ und „Bürgernähe“.

Im Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stand ein am Wochenende vom 26. bis 28. März 2010 durchgeführter „Sternmarsch“ zur Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh sowie eine „Konferenz für ein europaweites Minarettverbot“ in Gelsenkirchen. Pro NRW wollte dort gegen die „schleichende Islamisierung“ der BRD demonstrieren und gleichzeitig ihre antimuslimischen rassistischen Parolen in die mediale Öffentlichkeit tragen. Dank eines breiten antifaschistischen Engagements konnten diese Veranstaltungen nicht als Erfolg für Pro NRW gewertet werden. Die von Pro NRW erhoffte Signalwirkung für den Landtagswahlkampf blieb aus.[8]

Beistand im Wahlkampf erhielt Pro NRW durch den antiislamistischen Weblog „Politically Incorrect“ (PI) und die „Bürgerbewegung Pax Europa“. Pro NRW gab weiterhin an, dass „zahlreiche konservative und freiheitliche Medien und Vereinigungen im vorpolitischen Raum“ ihre Kandidatur unterstützt haben sollen.[9]

Weiter Seite 2

Aus dem Inhalt:

Welche Medien dies sein sollten, wurde natürlich nicht genannt. Es drängt sich daher die Vermutung auf, dass es sich dabei um ein Luftblase, um den Eindruck von Bedeutsamkeit zu suggerieren.

Analyse des Wahlergebnisses

Pro NRW errang 1,4 % der abgegebenen Zweitstimmen und verfehlte damit meilenweit ihr selbst ausgegebenes Wahlziel von 5%+x. Die Wahlergebnisse von Pro NRW sind sehr heterogen. Ihre besten Ergebnisse erzielte die Partei in Bergheim mit 5,8 %, in Dormagen und Gelsenkirchen mit 4,2 %, in Duisburg und Leverkusen mit 3,9 %, in Remscheid 3,6% und in Solingen mit 3,1 %.[10] Diese Schwerpunkte im Rheinland rund um Köln und in den großen Städten des Ruhrgebiets waren auch schon bei der Kommunalwahl 2009 die Regionen mit dem höchsten Stimmenanteil. Dort gelang es der Pro-Bewegung auf Anhieb in folgende Städte in Fraktionsstärke einzuziehen: Bergheim 6,0%, Radevormwald 5,1 %, Dormagen 4,5%, Gelsenkirchen 4,3 % und Leverkusen 4,0 %.[11] In ihrer Hochburg Köln schaffte Pro NRW lediglich 2,4%, dies bedeutete im Gegensatz zu den Kommunalwahlen den Verlust mehr als eines Drittels der WählerInnen.[12]

Im Sauerland und in den ländlichen Regionen Westfalens konnte Pro NRW keine nennenswerten Erfolge erzielen. Dort erzielte die Partei sogar ihre niedrigsten Ergebnisse; in den Wahlkreisen Borken II, Münster II, Warendorf I bekam sie 0,3 %, in den Wahlkreisen Steinfurt II und Steinfurt III 0,2 % der Stimmen.[13]

In seiner Betrachtung der Wahlergebnisse versuchte Markus Beisicht, das Ergebnis schön zu reden. Kein einziges Mal wird dabei von ihm das noch auf dem Parteitag im Februar frenetisch bejubelte Ziel vom Einzug in den Landtag eingegangen. Die „Erfolge“ werden aufgebauscht, um eine positive Grundstimmung auch unter den eigenen Mitgliedern für die zukünftigen Aufgaben zu erzeugen und das Verlierer-Image zu vermeiden. Ein kritisches Hinterfragen der eigenen Wahlstrategie wird unter allen Umständen vermieden.



Betretene Mienen bei Rouhs, Brinkmann und Schöppe...

Beisicht erklärte, das Wahlergebnis von 1,4 % sei „kein Resultat, bei dem man den Kopf in den Sand stecken müsste.“[14] Der „kommunale Wahlerfolg“ von Pro NRW 2009 sei „keine Eintagsfliege, sondern wurde bei den Landtagswahlen noch einmal nachhaltig bestätigt.“[15] Überall dort, wo pro NRW über „wahlkampffähige Strukturen, handlungsfähige Verbände und vor Ort verankerte Kandidatinnen und Kandidaten“ verfüge, seien Ergebnisse erzielt worden, die „an die 5 % Prozent heranreichen oder diese Marke überschreiten“.[16] Damit wäre das Ziel, „Leuchttürme aufzubauen, die signalisieren: Ein Ergebnis von 5 % im Westen für eine demokratische Rechtspartei sind drin.“ aufgegangen.[17]

Diese „Leuchtturm-Strategie“ wurde erst nach der Wahl verkündet, wo absehbar war, dass der Einzug in den Landtag nicht gelingt. In keinem Wahlprogramm von Pro Köln war diese „Strategie“ zu finden.

Den Rückgang der Stimmen in der Hochburg Köln erklärte Beisicht einerseits mit der Vernachlässigung der Stadt aufgrund „wichtiger Schwerpunktbildungen“ in anderen Regionen. Als zweiten Grund gab Beisicht an, dass es nicht gelungen sei, „allen Wählerinnen und Wählern klarzumachen, dass pro NRW das landespolitische Pendant von pro Köln ist.“

Dieser zweite Grund kann nur als politische Bankrotterklärung verstanden werden. Laut eigener Aussage wurden unzählige Werbemittel (Plakate, Postwurfsendungen, Internetblog) eingesetzt, wodurch der Bekanntheitsgrad gesteigert wurde. Wenn jetzt eingeräumt wird, dass der simple Zusammenhang zwischen Pro Köln und Pro NRW bestimmte Wählerschichten nicht erreicht, hat, ist dies mehr als peinlich.

Die Schuld an der Wahlniederlage wird nicht bei sich selbst, sondern (wie immer) bei anderen gesucht. Beisicht erklärte:[18]

Reinfall für „Pro NRW“ Wahlk(r)ampftour in Bonn



Ähnlich wie in den vorangegangenen Städten Gummersbach und Bergisch Gladbach erwartete am 6.5. „Pro NRW“ auch in Bonn ein breit aufgestellter Protest auf dem Friedensplatz.

Mit reichlich Verspätung erschien gegen 16.40 Uhr der Reisebus der selbsternannten „Bürgerbewegung Pro NRW“ und spuckte deutlich unter zwanzig ihrer rassistischen Hetzredner und Anhänger aus.

Dies wurde sofort von lautstarken Protesten der ca. 200 anwesenden Gegendemonstranten quittiert.

Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Initiativen und Einzelpersonen hatten sich auf dem Bonner Friedensplatz eingefunden, um „Pro NRW“ keine Möglichkeit zu geben, ihre rassistischen Hetztiraden unter die Bevölkerung zu bringen.

Durch massiven und lautstarken Protest konnte erfolgreich verhindert werden, dass die Anhänger von „Pro NRW“ ihre Flugblätter verteilen konnten.

Nach nicht ganz anderthalb Stunden zog sich Pro NRW begleitet von lautstarken „Nazis raus, Nazis raus“-Rufen zurück in ihren überdimensionierten Wahlkampfbus und verließ den Platz. Trotz des anhaltenden Regens demonstrierten alle Teilnehmer bis zum Schluss unter dem Motto: Gegen rassistische Hetze – Für ein solidarisches Zusammenleben in Bonn, NRW und überall!

mib / foto: mp ■

„Die Strategie der politischen Gegner der Bürgerbewegung war und ist ein Dreiklang aus Totschweigen, Diffamieren und Kleinreden. Die Schweigespirale wird von den wenigen Monopolmedien und den öffentlich rechtlichen Programmen bis zum Anschlag genutzt. Da kann pro NRW in einigen Regionen bei 4 – 5 % liegen, und trotzdem wird der Name nicht genannt. Wenn die Bürgerbewegung die Schweigespirale durchbrochen hat, dann wird entweder die ‚Faschismuskeule' herausgeholt, Kandidaten wurden in ein mediales Sperrfeuer geschickt und bis über jede Schamgrenze hinaus diffamiert."

Um in Zukunft diese „Schweigespirale zu durchbrechen, soll „der Aufbau eigener Medien vorangetrieben" werden.[19]

Die Tatsache, im rechten Lager die hegemoniale Stellung erreicht zu haben, wird bejubelt. In dem katastrophalen Wahlergebnis der „Republikaner" (0,3 %) sieht Pro NRW den „Schlusspunkt eines tragischen politischen Auflösungsprozesses."[20] Die neonazistische NPD, die auch mit 0,6 % ihr Wahlziel klar verfehlte, sei eine „ferngesteuerte Partei von Ewiggestrigen, die politisch keine Relevanz haben wird: Im Westen nicht, und auch im Osten werden keine Durchbrüche erzielt werden."[21] Pro NRW appellierte, „dass sich alle grundgesetztreuen, demokratischen Kräfte rechts der Union sammeln" sollten.[22] Dabei werden bestimmte Führungspersönlichkeiten der „Republikaner" namentlich angesprochen:[23] „Es gibt jedoch auch bei dieser Gruppierung honorige Persönlichkeiten, wie zum Beispiel den Mainzer Stadtrat Stritter oder die nordrhein-westfälischen Stadträte Schubeus, Krüger u.a. Mit solchen Personen kann es zukünftig eine Zusammenarbeit geben."

Dass diese Zusammenarbeit unter der Führung von Pro NRW stehen soll, wird dabei vorausgesetzt. Nur so könne das „neue Ziel" erreicht werden:[24] „In vier Jahren werden die kommunalen Ergebnisse vervielfacht werden, um die Voraussetzung für einen Landtagseinzug in fünf Jahren zu schaffen."

Die Voraussetzung einer erfolgreichen Kommunalwahl 2014 sieht Pro NRW mit dem Schritt über die 1%-Hürde im staatlichen Mittel der Parteienfinanzierung. Beisicht äußerte sich deshalb zuversichtlich:[25] „Als Nebeneffekt ist es uns darüber hinaus gelungen, locker in die staatliche Wahlkampffinanzierung zu gelangen. Der weitere nachhaltige Verbandsaufbau auf Landesebene ist demzufolge in den nächsten 5 Jahren finanziell abgesichert. Wir haben jetzt eine Basis geschaffen, die es uns ermöglicht, die nächsten Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch erfolgreicher zu bestreiten." Bis zur Kommunalwahl 2014 will Pro NRW „eine öffentlichkeitswirksame außerparlamentarische Oppositionsarbeit" in Nordrhein-Westfalen leisten und „als dezidiert islamkritische und freiheitliche Plattform am Ball bleiben und konsequent politische Alternativen zum multi-kulti-bewegten Linksblog in Nordrhein-Westfalen formulieren."[26]



Brinkmann, eine schwediche Ausgabe der Bibel schwenkend

Am 11.5.2010 wurde dieses „Zukunftskonzept" konkretisiert, als der Vorstand von Pro NRW das „Projekt 2015" beschloss. Zunächst soll ein Grundstein für „eine noch erfolgreichere Kommunalwahlteilnahme 2014" gelegt werden, bis ein Jahr später dann „mit landesweit kampagnenfähigen Strukturen und mehreren hundert kommunalen Mandatsträgern erneut der Sturm auf den Düsseldorfer Landtag unter ganz anderen Voraussetzungen gewagt werden" könnte.[27]

Michael Lausberg ■

Anmerkungen:

1 www.pro-nrw.net/index.php?option=com_content&view=article&id=1500:unser-ziel-ist-es-am-9-mai-in-den-landtag-einzuziehen&catid=42&Itemid=42
2 Ebd.
3 www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/programm-rgb.pdf
4 www.pro-nrw.net/?p=1230
5 Ebd.
6 www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/programm-rgb.pdf
7 Ebd.
8 Vgl. dazu Lausberg, M.: „Pro NRW" und Die Reise nach Absurdistan, in: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 7 vom 8.4.2010, S. 1-3
9 www.pro-nrw.net/?p=1273
10 www.pro-nrw.net/?p=1295
11 Pro NRW und Pro Köln errangen 46 Sitze in den Kreistagen, Stadträten und Bezirksvertretungen in NRW. Vgl. dazu Lausberg, M.: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte und Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln" und der „Bürgerbewegung Pro NRW", Münster 2010, S. 119
12 http://nrwrex.wordpress.com/2010/05/10nrw-%.e2%80%9epro%e2%80%9c-freut-sich-über-geld-vom-staat
13 www.pro-nrw.net/?p=1295
14 www.pro-nrw.net/?p=1305
15, 16, 17 www.pro-nrw.net/?p=1307
18-22 www.pro-nrw.net/?p=1305
23 www.pro-nrw.net/?p=1307
24 www.pro-nrw.net/?p=1305
25 www.pro-nrw.net/?p=1302

Literatur

Lausberg, M.: „Pro NRW" und Die Reise nach Absurdistan, in: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 7 vom 8.4.2010, S. 1-3
Lausberg, M.: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte und Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln" und der „Bürgerbewegung Pro NRW", Münster 2010, S. 119
http://nrwrex.wordpress.com/2010/05/10nrw-%.e2%80%9epro%e2%80%9c-freut-sich-über-geld-vom-staat
www.pro-nrw.net/

Die Hürde für die staatliche Parteienfinanzierung liegt bei 1 % der Wählerstimmen. Mit einem Ergebnis von 1,4 % kann „pro NRW" nun 0,85 Cent pro Stimme aus Steuergeldern erhalten. Das macht bei 106 932 Wählerstimmen eine Summe von maximal 90.892,20 Euro, die bis zur nächsten Landtagswahl jährlich gezahlt werden. Dabei bekommen die Parteien aber nur so viele staatliche Mittel, wie sie Einnahmen aus anderen Quellen erzielen. Diese Einnahmen sind in der Regel Mitgliedsbeiträge und Spenden. *aus PM Fraktion DIE LINKE. Köln*

Warnung vor BNP am Londoner Parlament

London. Als Warnung vor einem möglichen Erfolg der Rechtsextremen bei der britischen Parlamentswahl haben Aktivisten ein Hakenkreuz an das Parlament in London gestrahlt. „Zeit der Entscheidung. Haltet die extreme Rechte draußen", schrieben sie in der Nacht zu Montag mit Lichtstrahlen neben das weiß-rote Hakenkreuz an die Fassade des Parlaments. Hinter der Aktion stand die antifaschistische Gruppe EMMA Trust. Ihr Ziel sei der Schutz dieses „symbolischen Gebäudes" gewesen, sagte ein Sprecher der Gruppe. Es sei die „Bastion unserer demokratischen Werte".



Die rechtsextreme British National Party (BNP) hatte für die Parlamentswahl landesweit rund 330 Kandidaten aufgestellt. Bei der Europawahl im vergangenen Jahr konnte die Partei deutliche Zugewinne verbuchen und ist mit zwei Abgeordneten im EU-Parlament vertreten, darunter Parteichef Nick Griffin. Bei den jetzigen Wahlen verpasste sie den Einzug ins Parlament. 514 819 (1,83%) Bürgerinnen und Bürger stimmten für die BNP. Gegenüber den letzten Unterhauswahlen 2005 (192 746 Wähler/innen und Wähler = 0,7%) konnte sie aber ihr Ergebnis verbessern.

Quelle: http://www.taz.de und blick nach rechts

Vor gemeinsamen Gesprächen

MAINZ/BERLIN. Nach dem katastrophalen Abschneiden der sog. „Republikaner" bei der Landtagswahl in NRW (0,3 %, 2005 noch 0,8 %), fordert der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Republikaner", Stephan Stritter (Mainz), personelle Konsequenzen. Wenn die Landesvorsitzende der „Republikaner" in NRW, Uschi Winkelsett, „politisch denken würde", so Stritter am 11. Mai in einem Interview mit dem extrem rechten Infoportal „gesamtrechts.info", „müsste sie nach diesem Wahldesaster ihr Amt zur Verfügung stellen und zurücktreten". Es sei den Wählern nicht vermittelbar, „wenn zwei programmatisch fast identische Parteien wie „Republikaner" und „pro NRW" gleichzeitig zur Wahl antreten". Gespräche mit der „Pro"-Gruppierung würden „noch in diesem Monat" stattfinden, so Stritter. Der neue „Republikaner"-Bundesvorstand habe dafür eine „Projektgruppe" eingesetzt, die Kooperationsmöglichkeiten ausloten soll. Gerade mit Blick „auf die Berlin-Wahl könnte eine derartige Kooperation greifen", so Stritter. Eine Kandidatur zur Wahl in Rheinland-Pfalz im kommenden Jahr sei hingegen noch „völlig offen." *hma* ■

NPD-Parteitag in Bamberg

BAMBERG. Die NPD wird ihren Bundesparteitag am 4. und 5. Juni voraussichtlich im Hegelsaal der städtischen Konzert- und Kongresshalle in Bamberg durchführen können. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München wies eine Beschwerde der Stadt Bamberg zurück. Der Oberbürgermeister der Stadt, Andreas Starke, bedauerte die Entscheidung des Gerichts. *hma* ■

Neues aus dem „Landser"-Verlag

RASTATT/KÖLN. „geschichte & wissen" heißt eine neue, zweimonatlich im Rastatter Pabel-Moewig Verlag erscheinende Zeitschrift, die jüngst wiederholt mit Anzeigen im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit" beworben wurde. Chefredakteur Dr. Guntram Schulze-Wegener, bislang in gleicher Funktion für den an die Kriegsromane aus der Nazi-Zeit erinnernden „Der Landser" tätig, der im gleichen Verlag erscheint, verspricht im Editorial der 1. Ausgabe der Zeitschrift „anschauliche Texte und fesselnde Illustrationen" und einen „Zugang zum Kosmos historischer Abläufe und Hintergründe in kompakter Form". Mehrere der Beiträge stammen von Autoren, die bislang schon für die ebenfalls bei Pabel-Moewig verlegte Zeitschrift „Militär & Geschichte" zur Feder griffen. Auch Dr. Mario Kandil findet man unter den Autoren der neuen Zeitschrift. Der Historiker aus Linnich schreibt auch für extrem rechte Blätter wie „Deutsche Geschichte" oder die „Neue Ordnung". Dr. Tammo Luther aus Magdeburg, der hier mit einem Beitrag über die „Nürnberger Gesetze" vertreten ist, gehört dem Bundesvorstand des „Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V." (VDA) an und ist Kreisvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" in der CDU. Auch über einen wissenschaftlichen Beirat verfügt die neue Zeitschrift. Dem gehören u.a. Dr. Klaus-Jürgen Bremm (Uni Osnabrück), Prof. Dr. Jürgen Angelow (Universität Potsdam) und Prof. Dr. Jürgen Elvert vom Historischen Seminar der Uni Köln an. Letzterer ist 1. Vorsitzender und Kontaktadresse der „Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V.", zu deren Fördermitgliedern der Pabel-Moewig-Verlag gehört. *hma* ■

Herausgeberschaft abgegeben

GREVEN. Jens Falk, der laut „kreuz.net" vom 12. Mai 2010 der „Piusbruderschaft nahe" stehen soll, hat mit Wirkung vom 10. Mai seine Funktion als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur des Webportals „katholisches.info" abgegeben. Anlass seien Anfeindungen verschiedener Art und zuletzt eine Abmahnung wegen einer Veröffentlichung über ein Projekt der Theaterwerkstatt Osnabrück gewesen. Man könne „nicht in jedem Fall das finanzielle Risiko einer juristischen Auseinandersetzung" tragen, heißt es bei „katholisches.info" und kritisiert heftig die deutsche Justiz. Die neue Redaktion der Webseite verlagere nun ihren Erscheinungsort in die USA. Falk, der in den 1990er Jahren zeitweise der Redaktion „Junge Freiheit" angehört hatte und 2008 im gleichen Blatt für ein „Abtreibungsmoratorium Jetzt" inserierte, wolle aber auch künftig „die neue Redaktion von Fall zu Fall unterstützen". *hma* ■

Mahnwachen am 8. Mai

Am 8. Mai fanden an zahlreichen Stellen in Ludwigshafen und Böhl-Iggelheim Mahnwachen gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch statt. Die Nazis marschierten morgens in Wiesbaden-Erbenheim und wollten dann in Ludwigshafen und Böhl-Iggelheim antreten. Das Verwaltungsgericht hatte eine kurzfristige Genehmigung erteilt, nachdem die Gemeinde Böhl ein Verbot ausgesprochen hatte. Die Mahnwachen des DGB standen unter dem Motto „65 Jahre Kriegsende – kein Platz für alte und neue Nazis". In den Kundgebungsreden wurde immer wieder Unverständnis gegenüber dem Gerichtsentscheid laut.



Mahnwache der Bürgerinitiative gegen Rechts und von attac am S-Bahnaufgang Ludwigshafen, Mundenheimerstraße

In einer Spontanaktion hatte der Bürgermeister von Böhl-Iggelheim, Peter Christ, am Vortag den Gedenkstein, der an ein Kriegsgefangenenlager der Alliierten erinnert, abbauen lassen. Dieser sollte ursprünglich das Ziel des NPD-Aufmarsches sein und war 2009 von NPD-Gegnern beschmutzt worden. Der Sinn, den Stein abbauen zulassen, wurde später von einigen Rednern bezweifelt. „Wir wollten das Gesetz des Handelns in der Hand behalten" betonte Bürgermeister Christ und im Übrigen sei es seine Pflicht, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und deren Eigentum und das der Gemeinde zu schützen. Im Nachhinein betrachtet war es vielleicht doch nicht so unklug im wahrsten Sinn des Wortes „den Stein des Anstoßes" zu entfernen und den Neonazis die Grundlage zu entziehen, den Gedenkstein in ihrem Sinne umzudeuten. Seit Montagmorgen steht der Gedenkstein wieder an seinem angestammten Platz. Die Nazis traten mit einem Grüppchen von 20 Personen an und wurden von 100 Gegendemonstranten empfangen. Das Polizeiaufgebot war stark. Die Glatzköpfe verloren schnell die Begeisterung an ihrem Vorhaben. *Kommunal-Info Mannheim 10-2010* ■

65. Jahrestag der Befreiung

In Torgau, wo am letzten Wochenende des April traditionell der Begegnung von sowjetischen und amerikanischen Truppen zum Kriegsende an der Elbe gedacht wird, versammelten sich auch dieses Mal zahlreiche Bürger auf einem russischen Soldatenfriedhof. Das historische Ereignis wurde provokatorisch durch rund 170 Neonazis gestört, die am 25.4. durch die

Stadt zogen. Obwohl vom Landratsamt ursprünglich verboten, hatte das Leipziger Verwaltungsgericht im Eilverfahren diesen Bescheid wieder aufgehoben und so die Schändung ermöglicht. Polizisten aus Sachsen, Bayern und der Bundespolizei verhinderten, dass protestierende Jugendliche den Neonazis zu nahe kamen. Bereits am Vormittag hatten Schüler des Gymnasiums bei ihrem Gedächtnislauf protestiert und den Wettkampf unter das Motto gestellt „Elbe Day bleibt nazifrei“.

Newsletter DIE LINKE, BAG Antifaschismus: ag.rex@die-linke.de ■

Sächsischer NPD-Landesvize verurteilt

LEIPZIG. Der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD in Sachsen, Helmut Herrmann, ist vom Amtsgericht Leipzig wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt worden. Auf der Website der Leipziger NPD hatte Herrmann 2007 einen Nachruf auf ein verstorbenes NPD-Mitglied veröffentlicht und darin dessen Zugehörigkeit zur Waffen-SS mit der verbotenen SS-Losung „Meine Ehre heißt Treue“ gerühmt. Das Amtsgericht Leipzig hatte daraufhin einen Strafbefehl gegen Herrmann erlassen, gegen den dieser aber Widerspruch eingelegt hatte. Für den 7. Mai 2010 war deshalb eine öffentliche Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Leipzig anberaumt worden.

Nach Mitteilung des Amtsgerichts wurde der Widerspruch gegen den Strafbefehl aber zwischenzeitlich zurückgezogen. Der Angeklagte hat die in dem Strafbefehl ausgesprochene Verurteilung akzeptiert, das Urteil ist damit rechtskräftig (Aktenzeichen 212 Cs 608 Js 30046/09).

Es ist nicht das erste Mal, dass der sächsische NPD-Landesvize in Konflikt mit dem Gesetz geraten ist. Am 20. Mai 2009 war er mit vier weiteren NPD-Anhängern in Leipzig dabei erwischt worden, wie er illegal Wahlplakate der Linkspartei abgerissen und stattdessen NPD-Plakate aufgehängt hat.

informationen@gmx.org ■

Rechtsextremistische Straftaten in Niedersachsen

HANNOVER. In einer Fragestunde im Niedersächsischen Landtag am 30.4.2010 beantwortete der Innenminister eine Anfrage der Grünen nach rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen im ersten Quartal 2010. Anlass für die Anfrage war der versuchte Übergriff auf eine Mahnwache des „Bündnisses gegen Rechts“ im Stadtteil Hannover-Kleefeld am 5. März 2010. Die Polizei konnte zwar in diesem Fall Schlimmeres verhindern, in vielen anderen Fällen kann und konnte sie dies nicht. „Um aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus vorgehen und gesellschaftliche Bewegungen, die sich „gegen Rechts“ engagieren, unterstützen zu können, ist es notwendig, einen Überblick über Art und Anzahl der rechtsextremistischen Straftaten zu haben.“ heißt es in der Anfrage. „ Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele rechtsextremistische Straftaten wurden in Niedersachsen im ersten Quartal 2010 polizeilich registriert (Bitte auflisten nach Landkreisen/kreisfreien Städten)?
2. Wie viele der unter 1. genannten rechtsextremistischen Straftaten waren Gewaltdelikte?
3. Wie viele der unter 1. genannten rechtsextremistischen Straftaten hatten einen fremdenfeindliche Hintergrund?“

Die Landesregierung antwortete wie folgt:

Zu 1.: Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen im ersten Quartal 2010 (Stand: 22.4.2010): Landkreis/ kreisfreie Stadt 1. Quartal 2010: 303

Zu 2.: Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Gewaltdelikte in Niedersachsen im ersten Quartal 2010 (Stand: 22.4.2010): Landkreis/ kreisfreie Stadt 1. Quartal 2010 = 19

Zu 3.: Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund in Niedersachsen im ersten Quartal 2010 (Stand: 22.04.2010): Landkreis/kreisfreie Stadt 1. Quartal 2010 = 56

Niedersächs. Ministerium für Inneres und Sport Pressemitteilung 30.4.2010 ■

Sonnwendfeier auf Hof Nahtz

Auch in diesem Jahr werden wieder Rechtsextremisten auf dem Hof Nahtz in Eschede ihre Sonnenwendfeier abhalten. Der DGB-Nord-Ost-Niedersachsen hat für den 19.6.10 Am Dornbusch gegenüber der Einfahrt Am Finkenberg beim Landkreis Celle eine Protestkundgebung beantragt. *antifa.sfa.over-blog.com* ■

Tattoo Show in Bremen: Podium für nazistische oder kriminelle Gruppen?

BREMEN. Aufgrund eines Zeitungsberichts vom Wochenende 8./9.5. über die ‚Tattoo Show‘ in der Bremer Messehalle hat der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Max Liess, einen Bericht zur nächsten Sitzung der Wirtschaftsdeputation angefordert. Der SPD-Wirtschaftspolitiker erwartet Informationen darüber, wer die „Tattoo Show Bremen“ durchführt und wer für die Aussteller verantwortlich zeichnet. Darüber hinaus interessiert Liess, ob während der Messe Überprüfungen hinsichtlich des rechtmäßigen Handelns der Aussteller stattgefunden haben. „Ich frage mich wirklich, warum dem bekannten rechten Bremer Szeneladen „Sportsfreund“ ein Stand auf dieser Messe eingeräumt wurde. Selbst wenn dies nicht in der direkten Verantwortung der Wirtschaftsförderung Bremen lag, interessiert mich, warum dies vertraglich nicht im Vorfeld ausgeschlossen wurde. Nach meinem Verständnis darf durch solche Messen nazistischen oder kriminellen Gruppen kein Podium geboten werden, auf dem sie sich öffentlich präsentieren können“ so Liess.

PM SPD-Bürgerschaftsfraktion www.spdfraktion-bremen.de ■

Dachau 2. Mai 2010



DACHAU. Die diesjährige Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau stand ganz im Zeichen des Besuches des Bundespräsidenten Horst Köhler. Thematisch im Mittelpunkt standen die sog. KZ-Babys – eine Gruppe damals im Außenlager Kaufering zur Welt gekommener Kinder, von denen vier der Gedenkfeier beiwohnten. Sie waren am Abend zuvor in das Internationale Lagerkomitee aufgenommen worden. Der ungewöhnliche Vorgang und das Schicksal der Beteiligten ist noch bis Ende Oktober Thema einer Sonderausstellung der Gedenkstätte, bei der auch ein Ausstellungskatalog hierzu erhältlich ist.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Anwesenheit von US-Soldaten, die bei der Befreiung 1945 dabei waren. Für diese sprach Alan Lukens, ehemaliger US-Botschafter, und selbst bei der Befreiung Dachaus beteiligt. Er überbrachte auch eine Grußbotschaft von US-Präsident Barack Obama.

Dass man die Veranstaltung nicht nur unkritisch sehen kann, bewies ein Artikel von Kurt Kister in der Süddeutschen vom 3. Mai. Nach ihm machte Köhler „nichts falsch. Aber er macht auch zu wenig anders, als die berufsmäßigen Grußworthalter …“. Kister fällt auf, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass, auch wenn es von ihnen nicht problematisiert wurde, Überlebende der Konzentrationslager für ein deutsches Staatsoberhaupt aufstehen sollen. Im Anschluss an diese nicht unberechtigte Kritik soll nicht unerwähnt bleiben, dass Karl Freller, Direktor der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten und Landtagsabgeordneter für die CSU die deutlichsten Worte fand. Er sprach sich für ein Verbot der NPD aus.

Johannes Kakoures ■

8. Mai – München-Fürstenried:

Nazi-Aufmarsch gestoppt

Unter der Parole „8. Mai: Besiegt und besetzt – wir feiern nicht“ wollten zum 65. Jahrestag der Befreiung von der Nazi-Diktatur etwa 80 Faschisten in Fürstenried einen Gedenkmarsch abhalten. Mit Trommel und Fackeln wollten sie an einer Flüchtlingsunterkunft vorbeiziehen und an einem „Kriegerdenkmal“ einen Kranz niederlegen. Organisiert wurde das Ganze von den „Freien Nationalisten München“. Unterstützt wurde diese Aktion auch von der „BIA“ und deren Münchner Stadtrat Karl Richter.

Im Kreisverwaltungsausschuss des Stadtrats hatte am 27. April der CSU-Stadtrat Michael Kuffer einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit dem der Münchner Stadtrat dem KVR bei einem Versuch, den Neonazi-Aufmarsch behördlich zu verhindern, Rückendeckung signalisierte. Der Stadtrat beschloss den von Kuffer gestellten Antrag, in dessen Begründung es heißt: „Der 8. Mai ist ein Tag des Gedenkens an die Schrecken von Krieg und Unterdrückung, der Mahnung zu Frieden, Freiheit und Demokratie als unschätzbar wertvolle Güter der Menschlichkeit und auch der Freude über die Befreiung Deutschlands vom nationalsozialistischen Terror.“ Das KVR genehmigte jedoch den Nazi-Marsch – wenn auch unter Auflagen.





Fotos: www.arbeiterfotografie.com

Der BA 19 (Thalkirchen - Obersendling – Forstenried – Fürstenried – Solln) hatte frühzeitig zu Protesten gegen diese Provokation aufgerufen. Unter dem Motto „München ist bunt“ riefen der BA und zahlreiche Organisationen und Parteien zu einem Kulturfest vor dem Flüchtlingsheim auf. Nach Angaben der Veranstalter versammelten sich etwa 4500 Menschen in der Gegend rund um den Platz des Kulturfestes, um dem Aufmarsch der etwa 80 Nazis entgegen zu treten. Dort sprach u.a. OB Ude, begleitet von seinen Vorgängern Kronawitter und Vogel. Mit dabei auch einige hundert Polizisten, die entlang der Aufmarschroute Spalier standen. Als der braune Spuk auf der Höhe des Kulturfestes angelangt war, stoppte die Polizei die Nazis. Eine direkte Konfrontation der zahlreichen Gegendemonstranten mit den Nazis sollte wohl so verhindertn werden. Die „Freien Nationalisten“ hielten dann ein „Abschlusskundgebung“ ab, und machten sich auf den Rückweg.

Laut Presseberichten wurden die meisten Faschisten am U-Bahnhof Fürstenried-West dann von der Polizei in Gewahrsam genommen und zum Polizeipräsidium in der Ettstraße gebracht. Begründung: Sie hätten geplant, an diesem Tag weitere, nicht genehmigte Veranstaltungen abzuhalten.

Fazit: Der Nazi-Aufmarsch wurde zwar nicht ganz verhindert, aber doch entscheidend verkürzt.

Ulrich Sedlaczek ■

Nürnberg/Fürth, 8.5.10:

Erfolgreiche Proteste gegen Neonazi-Gewalt

1500 Menschen zeigten in Nürnberg: „Wir dulden keine Nazi-Schläger! Nicht in Nürnberg, nicht in Fürth – nirgendwo!“ Aus aktuellem Anlass war der 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Nürnberg und der Nachbarstadt Fürth durch antifaschistische Aktionen geprägt. In Fürth protestierten etwa 100 Menschen vor einer von Neonazis frequentierten Kneipe („Treffpunkt“) gegen die ständigen Neonazi-Übergriffe und deren tendenzielle Verharmlosung durch Stadt und Polizeibehörden. Trauriger Höhepunkt der rechten Gewaltwelle war die jüngste Gewalttat am Nürnberger Plärrer vom 28.4.10, begangen durch einen Neonazi aus der Fürther Szene. Dieser Neonaziüberfall hatte binnen weniger Tage zahlreiche antifaschistische AktivistInnen im „Solikomitee gegen Rechts“ zusammengebracht und führte schließlich über 1500 Menschen aus einem breiten politischen Spektrum auf Nürnbergs Straßen.

Die Polizeibehörden mussten sich harte Kritik anhören: Der neonazistische Hintergrund des mutmaßlichen Täters sei tagelang verschwiegen worden, so mehrere RednerInnen. Als exemplarische Parole sei die der „türkischen Gemeinde in der Metropolregion Nürnberg“ zitiert: „Wir verurteilen die Verharmlosung und Vertuschung von Nazi-Angriffen.“ Weitere größere Demonstrationen des „Solikomitee gegen Rechts“ sind am Samstag, 29. Mai geplant: Um 12 Uhr in Fürth (Hauptbahnhof) und um 14 Uhr in Nürnberg (Plärrer). ■



Gedenken an Kaplan Dr. Joseph Cornelius Rossaint

DÜSSELDORF. In einem bewegenden Wortgottesdienst gedachte Pfarrer Kaulmann am 28.4. in der Kirche St. Mariä Empfängnis in Düsseldorf des Lebens und Wirkens von Kaplan Dr. Joseph Cornelius Rossaint. Christen und Atheisten saßen Bank an Bank in der Kirche und gedachten eines Menschen, der als katholischer Kaplan, als Häftling der Nazis und als Präsident der VVN-BdA immer den Frieden und die Menschenwürde im Zentrum seines Handels sah. Mehr als 150 TeilnehmerInnen nahmen an der Enthüllung der Gedenktafel für Dr. J.C. Rossaint teil, die der Kreissprecher der VVN-BdA Düsseldorf Jürgen Schuh wie folgt begründete:

„… heute, vor 73 Jahren, am 28. April 1937 wurde Kaplan Dr. Joseph Cornelius Rossaint vom 2. Senat des NS-Volksgerichtshofes zu Berlin wegen Hochverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kaplan Dr. Rossaint war am 29. Januar 1936 von der Gestapo verhaftet worden. Seine letzte Heilige Messe vor der Verhaftung hielt er hier in dieser Kirche, wo er 5 Jahre wirkte.

Bereits seine Tätigkeit in Oberhausen als Kaplan war von der Sorge um den Frieden geprägt. So fand 1931 im April/Mai die Aktion „Die katholische Jugend gegen den Nationalsozialismus“ statt. In von ihm verbreiteten Flugblättern hieß es: „12 Millionen Tote im Weltkrieg 1914/18! Denkt immer daran! Nie mehr Krieg!“ und „Verabscheut den Krieg in jeder Form! Denkt an die Bergpredigt!“

Im Rahmen seiner Tätigkeit als Kaplan war er bemüht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die vom Hitlerfaschismus für den Frieden ausgingen. ...1933 schrieb er in einem Artikel: „Es gibt zwei Gruppen von Menschen, die an einer Heeresmacht und Krieg ein größtes Interesse haben: das ist das Militär und die Rüstungsindustrie…“. Das sollte sich schnell bewahrheiten.

Kaplan Rossaint hoffte, dass die vom Faschismus ausgehende Gefahr für den Frieden durch gemeinsames Handeln der Andersdenkenden gebannt werden könne. Dies schloss für ihn im Jugendbereich das Zusammengehen mit sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen ein. Dr. Rossaint versuchte, über weltanschauliche, religiöse und politische Grenzen hinweg das zu realisieren, was Faschismus und Weltkrieg hätte verhindern können. Kern war die Idee gemeinsamen Handelns von Antifaschisten verschiedener Richtungen. Ein Gedanke, der gerade in der heutigen Auseinandersetzung mit Neonazis und Rassisten aktuelle Bedeutung erhält.

Die entstehenden Kontakte der katholischen Sturmschar und dem Jungmännerverband in Oberhausen, Düsseldorf und Köln mit dem Kommunistischen Jugendverband endeten abrupt mit der Verhaftung von zahlreichen Funktionären des KJVD und der folgenden Verhaftung von Dr. Rossaint und seinen Mitstreitern.

Im berüchtigten „Berliner Katholikenprozeß“ erhielt Kaplan Dr. Rossaint von allen Angeklagten mit 11 Jahren Zuchthaus die Höchststrafe. Für den NS-Gerichtshof scheint bei der Festlegung der Strafe der Gedanke gemeinsamer Widerstandsarbeit von Christen und Kommunisten als große Gefahr für den NS-Staat gesehen worden zu sein.



Bis zur Befreiung im Mai 1945 verbrachte Dr. Rossaint fast 9 Jahre im Kerker. In diesen langen Jahren lernte er die Solidarität unter seinen Mithäftlingen (insbesondere der Kommunisten) kennen und schätzen. … Joseph Rossaint sah wie viele seiner Leidensgenossen 1945 die große Chance eines völligen Bruchs mit der faschistischen und militaristischen Vergangenheit, die große Chance eines demokratischen Neuanfangs. Zunächst meldete er sich in seinem Erzbistum Köln zurück und bat um Wiederaufnahme seines Priesteramtes. Kardinal Frings ließ mitteilen, dass dies an 2 Bedingungen geknüpft sei:

1) Keine politische Betätigung;

2) Abbruch der Beziehungen zu Nazigegnern aus der Haftzeit, (von denen die meisten Kommunisten waren).

Die Antwort Rossaints: Auf diese Bedingungen könne er nicht eingehen, weil sie in völligem Gegensatz zu seinen Erfahrungen in der Nazizeit stünden. So blieb ihm die Ausübung des Priesteramtes versagt.

Die Hoffnungen von Joseph Rossaint und tausender überlebender Häftlinge aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern auf ein neues antifaschistisches Deutschland verflogen schnell. Bei der Gründung der VVN-NRW am 26. Oktober 1946 stellte der damalige Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen fest: „Man erlebt heute bei manchen Zeitgenossen eine fast unglaubliche Fühllosigkeit und Verhärtung. Die sogenannten Kazettler werden ungern gesehen und als unbequem empfunden. Man lehnt sie vehement ab als Radikalisten oder Extremisten, die ihr Schicksal sich eigentlich selbst durch ihr ewiges Krakeelen zu verdanken hätten.“

Die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse, die den Faschismus ermöglicht hatten, begann schnell. Alte Nazis saßen in Politik, Wirtschaft, Justiz und Polizei bald wieder fest im Sattel. Für Antifaschisten war die Tatsache ein Skandal, dass in der ersten Regierung Adenauer mehr NSDAP-Mitglieder saßen als in der ersten Reichsregierung unter Hitler. Der VVN brachten ihre massiven Proteste gegen Nazis in höchsten Ämtern ein zeitweiliges Verbot ihrer Tageszeitung „Die Tat“ und ein Verbotsverfahren ein. Das Verfahren wurde eingestellt, weil die zuständigen Richter selbst hochbelastete NS-Juristen waren.

... 1945/46 war Roissant beteiligt an der Gründung der Freien Deutschen Jugend NRW. Am 26. Oktober 1946 an der Gründung des Landesverbandes der VVN-NRW und am 17./18. März 1947 Gründungsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes auf Bundesebene.

Ab 1959 war er Vizepräsident, dann Präsident der VVN. Die Umbenennung der VVN 1971 in „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ und damit die Öffnung der Organisation für die jüngere Generation ist maßgeblich ihm zu verdanken.“

Pfarrer Kaulmann erinnerte an persönliche Treffen mit Rossaint und weihte die Gedenktafel. Der Kölner Filmemacher Wilfried Viebahn zeigte anschließend im Gemeindesaal seinen Film über Rossaint und dann fand die Eröffnung der Ausstellung der Geschichtswerkstatt Oberhausen statt, die zum 100. Geburtstag von Jupp Rossaint hergestellt wurde.

Als Fazit der Veranstaltung fasste der Kreissprecher der VVN-BdA Düsseldorf zusammen: „Der Kampf um Frieden und Demokratie, gegen menschenverachtende faschistische Ideologie und Praxis ist eine universelle Aufgabe für jeden Menschen guten Willens. Und zwar unabhängig von Weltanschauung und Religionszugehörigkeit“ – das ist die Botschaft, die uns Jupp Rossaint für heute übermittelt.

Wir widmen unserem Freund und Kameraden Jupp Rossaint als Wort des Dankes den kleinen Aphorismus von Kurt Tucholsky: „Denn nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN!“

Jürgen Schuh, VVN-BdA NRW ■

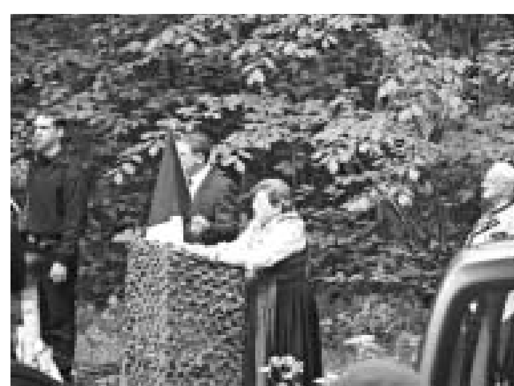
Neonazistisches SS-Gedenken in Bad Reichenhall

Am Samstag den 8. Mai 2010 fand im Bad Reichenhaller Ortsteil Karlstein ein neonazistisches SS-Gedenken statt. Rund 35 Personen glorifizierten mit der geschichtsrevisionistischen Veranstaltung die SS-Division Charlemagne. Unter den Teilnehmer_innen befand sich neben dem lokalen NPD Kreisvorsitzenden Uwe Brunke auch Edda Schmidt (Baden-Württemberg), die Bundesvorsitzende des Ring Nationaler Frauen (Frauenorganisation der NPD).

Seit ungefähr 35 Jahren findet rund um den 8. Mai in Bad Reichenhall die Veranstaltung der Alt- und Neonazis zu Ehren der Waffen-SS-Einheit, welche überwiegend aus kollaborierenden französischen Freiwilligen bestand, statt.



Organisiert wurde das SS-Gedenken u.a. von Uwe Brunke (*1967) dem NPD Kreisvorsitzenden Traunstein-Berchtesgaden, hier am Rednerpult. Der von Berlin nach Bergen (Oberbayern) gezogene Führungskader ist seit 2002 in der NPD aktiv. Zuvor betätigte er sich bei militanten Kameradschaften: Für die „„Kameradschaft Beusselkiez“ saß er 1997 bei der neonazistischen Radiosendung „„Radio Germania“ im Offenen Kanal Berlin am Mikrofon.



Bei der SS_Gedenkfeier sprachen bundesweit bedeutende Nazifunktionär_innen wie hier Edda Schmidt, die Bundesvorsitzenden des Ring Nationaler Frauen (Frauenorganisation der NPD). Edda Schmidt war bereits als sogenannte Gaumädelführerin in leitender Position in der 1994 verbotenen Wiking-Jugend aktiv.

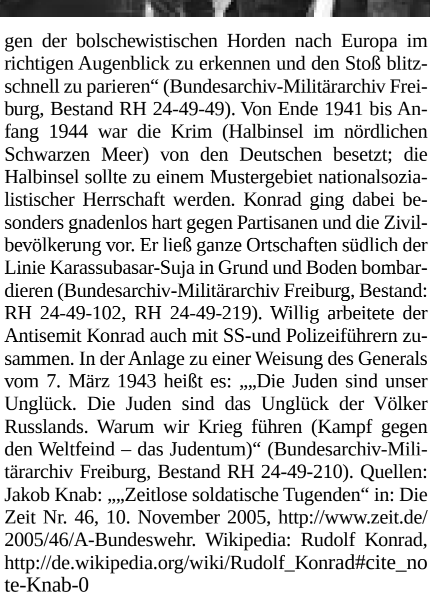
Jahrelang beteiligten sich paramilitärisch auftretende, faschistische Gruppen aus dem In- und Ausland an der „„Naziverehrung“. Welche Gefahr von diesen Neonazis ausgeht, wurde 2006 deutlich, als bei Polizeikontrollen neben Hakenkreuzfahnen auch Sprengmittel, Pistolen, Rauchbomben und andere Waffenteile bei den ca. 130 anwesenden Geschichtsrevisionisten (u.a. aus Deutschland, Frankreich, Italien und Dänemark) beschlagnahmt wurden.

Anstatt das Gedenkkreuz, welches sich zum faschistischen Pilgerort entwickelte, zu entsorgen, versetzte die Stadt Bad Reichenhall das Kreuz lediglich vom Parkplatz „Am Kugelbach“ (Ortsteil Karlstein) in den Friedhof St. Zeno.

„Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Problematik Neonazismus und Gesichtsrevisionismus fand jedoch nicht statt. Die rechte Gedenkfeier kann weiterhin ungestört stattfinden, ohne dass sich in Bad Reichenhall ein zivilgesellschaftlicher Protest gegen die menschenverachtende Propaganda regt“, kritisieren antifaschistische Gruppen aus Oberbayern und Österreich in einer gemeinsamen Presseerklärung. Der NPD Kreisverband Traunstein-Berchtesgaden, welcher auch die Gedenkfeier beworben hatte, organisiert regelmäßig Neonaziveranstaltungen in Bad Reichenhall. So fand z. B. Ende Februar eine Horst Wessel-Feier statt[1] und für den 11. April 2010 wurde eine Veranstaltung mit Holger Apfel, dem NPD-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag, angekündigt[2].

Aber nicht nur die NPD, sondern auch andere rechte Organisationen wie die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger veranstalteten in der Vergangenheit bun-





Rund 35 Alt-und Neonazis beteiligten sich am 8. Mai 2010 an dem neonazistisches geschichtsrevisionistischen SS-Gedenken in Bad Reichenhall.

desweite Treffen in Bad Reichenhall[3]. Antifaschistische Gruppen wollen dem rechten Treiben in Bad Reichenhall nicht länger zusehen. „Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen“ meint Anna Jade, eine Sprecherin des antifaschistischen RABATZ-Bündnisses und kündigt für 2011 Proteste an. „Rechte Traditionspflege können und wollen wir in keiner Form akzeptieren“ so die Sprecherin weiter und kritisiert auch, dass in Bad Reichenhall die Bundeswehrkaserne immer noch nach dem Nazigeneral „Rudolf Konrad“[4] benannt ist.

Johannes Müller ■

1 An der Horst Wessel-Feier am 27.02.2010 in Bad Reichenhall nahmen u.a. Neonazis aus Rosenheim und Franken teil. Über das Saufgelage zu Ehren des SA-Sturmführer Horst Ludwig Wessel berichtet ein Teilnehmer:„„Für einen kleinen Obolus von 10 Euro waren Essen und Trinken frei …… und es wurde sowohl viel gegessen als auch getrunken.“

2 Aus der NPD-Zeitung Deutsche Stimme: „„11. April: Stammtisch des NPD KV Traunstein/BGL in Bad Reichenhall mit Redebeitrag von Holger Apfel (Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag). Nähere Informationen unter 0177-4656189, E-Post: npd-traunstein@t-online.de"

3 Das Bundestreffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger fand am 20./21. Oktober 2007 in Bad Reichenhall statt.

4 Im Dezember 1941, als der „„Blitzkrieg“ gegen die Rote Armee bereits gescheitert war, wurde Konrad von Hitler persönlich zum Kommandierenden General eines Armeekorps ernannt. Kurz darauf (in einem Tagesbefehl von Januar 1942), bekundete ihm Konrad in glühenden Worten die Treue: „Dem Führer und seinem Werk gehört unsere ganze Hingabe. Wir wollen es hüten und siegreich tragen durch das neue Jahr zum Heile Deutschlands“ (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, Bestand RH 24-49-47). Zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1942 versammelte sich Konrads Korpsstab zu einer Feierstunde. „Es war das Feldherrngenie des Führers“, wurde Hitler aus der Ferne angehimmelt, „welches die deutschen Heere von Sieg zu Sieg eilen ließ. Sein Verdienst war es, das Eindringen der bolschewistischen Horden nach Europa im richtigen Augenblick zu erkennen und den Stoß blitzschnell zu parieren“ (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, Bestand RH 24-49-49). Von Ende 1941 bis Anfang 1944 war die Krim (Halbinsel im nördlichen Schwarzen Meer) von den Deutschen besetzt; die Halbinsel sollte zu einem Mustergebiet nationalsozialistischer Herrschaft werden. Konrad ging dabei besonders gnadenlos hart gegen Partisanen und die Zivilbevölkerung vor. Er ließ ganze Ortschaften südlich der Linie Karassubasar-Suja in Grund und Boden bombardieren (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, Bestand: RH 24-49-102, RH 24-49-219). Willig arbeitete der Antisemit Konrad auch mit SS-und Polizeiführern zusammen. In der Anlage zu einer Weisung des Generals vom 7. März 1943 heißt es: „„Die Juden sind unser Unglück. Die Juden sind das Unglück der Völker Russlands. Warum wir Krieg führen (Kampf gegen den Weltfeind – das Judentum)“ (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, Bestand RH 24-49-210). Quellen: Jakob Knab: „„Zeitlose soldatische Tugenden“ in: Die Zeit Nr. 46, 10. November 2005, http://www.zeit.de/2005/46/A-Bundeswehr. Wikipedia: Rudolf Konrad, http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Konrad#cite_note-Knab-0

Vielfältiges Gedenken an 8. Mai 1945 in Köln

Per la vita – Die Bejaranos mit der Microphone Mafia

KÖLN. Über 300 Leute hatten sich am Abend des 8. Mai im Großen Saal der Alten Feuerwache eingefunden, um den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zu feiern.

Esther, Edna sowie Joram Bejarano und die Microphone Mafia, der Gesang der 86-jährigen Esther mit ihrer Tochter Edna und ihrem Sohn Joram zusammen mit den international bekannten Flittarder Hipphoppern – es funktionierte.

Was vielleicht manche ungläubig dreinschauen lässt, die antifaschistischen, antikriegs- und antirassistischen Raps der Microphone Mafia passen zu den teilweise umgetexteten Melodien, Texten und Refrains der alten Arbeiter- und antifaschistischen Lieder von „Coincidence".

Und alle hatten mächtig Spaß, die Microphone Mafia bei ihrem Heimspiel vor einem begeisterten und begeisternden Publikum und vor ihren Familien, die Bejaranos vor so einem Publikummit Musikern aufzutreten, die Esthers Enkel sein könnten und das Publikum, das in Feierstimmung war.

Drei Generationen, drei Religionen auf der Bühne und ihre Geschichten reichen von Auschwitz 1943 bis in die heutige Zeit des Arbeiterviertels im rechtsrheinischen Kölner Norden.

Es wurden die Stücke der neuen CD vorgetragen und bei einigen allseits bekannten Songs brauchte nicht lange aufgefordert werden, damit der Saal einstimmte – ein stimmungsvoller Ausklang des 65-igsten Jahrestages der Befreiung.

p.b. ■



Fotos: www.arbeiterfotografie.com



Open Memory

Seit dem 8. Mai stehen in Köln 26 Transparente vom Heinrich-Böll-Platz aus Richtung Hohenzollernbrücke, auf denen die Portraits, bzw. Fotografien von 1551 Personen großformatig abgebildet sind. Sechs der Transparente zeigen Roma, aus dem „Transport Z", der 1944 von der Kaserne Malines/Nordfrankreich nach Auschwitz fuhr. Auf den anderen Transparenten sind die Portraits von 1200 jüdischen Menschen zu sehen, die 1943 mit dem so genannten „XX Transport" von Mechelen/Belgien nach Auschwitz deportiert wurden.

Der gewählte Ort erinnert an den Weg, den die Roma zum Messelager und dem dort benachbarten Deportationsgleis „Deutz-Tief" nehmen mussten.

Am 8. Mai um 15 Uhr eröffneten Maria Baumeister von „Die Bahn erinnern", Simone Treis vom Rom e.V. Vorstand zusammen mit Simon Gronowski die Ausstellung. Simon Gronowski war 11 Jahre alt, als er am 19.4.1943 mit dem „XX Deportationszug" nach Auschwitz deportiert werden sollte. Dieser Zug ist der einzige Transport von Jüdinnen und Juden, der auf dem Weg zu den Gaskammern von (belgischen) Widerstandskämpfern mit Erfolg angehalten wurde, um die Gefangenen zu retten. So gelang es mehr als 200 Menschen – darunter Simon – aus dem Zug zu fliehen. 119 erlebten 1945 ihre Befreiung.

Auch auf die augenblickliche Situation vieler Roma in Köln wurde hingewiesen. Ende letzten Jahres hat die Bundesrepublik ein Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo geschlossen, das die Abschiebung von bis zu 15 000 Menschen, darunter knapp 10 000 Roma, ermöglicht. Auch in Köln sind viele Menschen betroffen Kaspar König, Leiter des Museums Ludwig, rief spontan dazu auf, alles zu tun, damit diese Menschen in Köln bleiben können.

Die Installation ist noch bis zum 24. Mai zu sehen.

Tafel erinnert an Zwangsarbeiterlager der Firma F&G

Am Morgen des 8. Mai fanden sich ca. 60 Menschen am Köln-Mülheimer Rheinufer ein, dort wo die Firma Felten & Guilleaume bis März 1945 drei Zwangsarbeiterlager unterhielt, in denen mehr als 650 Menschen lebten und für den kriegswichtigen Betrieb schuften mussten. Otto Irlenbusch, pensionierter Arbeiter von F&G, sprach über die schwere Arbeit, die die Zwangsarbeiter bei F&G verrichten mussten.

Schülerinnen und Schüler der Willy-Brandt-Schule, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigt hatten, trugen Texte über ihre Gedanken zu Zwangsarbeit und Faschismus vor. Karola Fings, stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums und Mitinitiatorin der Projektgruppe Messelager, die seit vielen Jahren das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter betreut, wies darauf hin, das gerade zum Thema Zwangsarbeit noch nicht viele öffentliche Hinweise im Kölner Stadtgebiet zu finden sind. Das F&G-Lager sei eines der größten von etwa 400 Lagern in Köln gewesen. Die Tafel sei die erste mit derart ausführlichen Informationen. Auch die Schicksale von zwei Zwangsarbeitern, Michael Krewonos und Pjotr Propenko, die hier ihre Jugend verbringen mussten, werden erzählt. Norbert Fuchs, Bezirksvorsteher, sprach ein Grußwort. Die Bezirksvertretung hatte einstimmig der Aufstellung der Tafel zugestimmt.

u.b. ■

Frankreich debattiert über Burqa, Staatsangehörigkeit und „Identität"

Vom abendländischen KP-Abweichler bis Marine Le Pen und Bruno Gollnisch

Erst die Feier, dann die Arbeit für den Gesetzgeber: Auf eine „feierliche Resolution" der französischen Nationalversammlung „zur Bekräftigung der republikanischen Werte" vom vergangenen Dienstag (11.5.10) wird in Kürze die Beschlussfassung über einen Gesetzentwurf folgen. Gegenstand der Parlamentsentschließung wie auch des erwarteten Gesetzesentwurfs ist das seit Monaten in Frankreich heiß debattierte Verbot der Vollverschleierung, die mal als Burqa – wie sie aus Afghanistan und Pakistan bekannt ist – und mal als Niqab, so heißt ein unter Frauen der älteren Generationen im Maghreb früher einmal verbreiteter Gesichtsschleier, bezeichnet wird. (Vgl. AN 09/2010.) Am kommenden Mittwoch (19.5.10) soll der Gesetzesentwurf dazu nun vom Kabinett verabschiedet werden, bevor er in die Nationalversammlung eingebracht wird. Dort soll der Text dann im Juli – bei einer Sondersitzung, während normalerweise die Abgeordneten schon im Urlaub wären[1] – beschlossen werden, um Anfang September auch im Senat oder französischen „Oberhaus" angenommen zu werden. Und im Laufe des Herbsts, spätestens im November dieses Jahres, soll das Gesetz dann in Kraft treten.

Politisch motiviertes Sondergesetz für ein marginales Phänomen

Eine solche Ganzkörper- oder jedenfalls Gesichtsverhüllung wird in Frankreich durch eine sehr kleine Minderheit von muslimischen Frauen getragen: Die verfügbaren und in den letzten Monaten über die Medien verbreiteten Zahlenangaben aus den Sicherheitsbehörden variieren zwischen 367 und 1.900 im ganzen Land. Unter ihnen findet sich ein bedeutender Anteil von Konvertitinnen, die sich eher wie Sektenmitglieder verhalten denn irgendwelchen Traditionen gehorchen. Jüngst grub etwa die rechtsextreme Onlinezeitung ‚Nations Presse Info' (in einem Artikel vom 2. Mai d.J.) einen „Skandal" in einem Rathaus im südfranzösischen Bezirk Aveyron aus, wo die Trägerin einer Vollverschleierung sich eine Geburtsurkunde ausstellen bzw. berichtigen lassen wollte. Es stellte sich jedoch auch hier heraus, dass es sich um eine Konvertitin aus einer „weißen", christlichen französischen Familie handelt.

Die große Mehrheit der in Frankreich lebenden Moslems verurteilt diese Bekleidungsform deutlich. Und sie wirft den besonders radikal auftretenden Konvertierten im Allgemeinen Imageschädigung vor. Allerdings verfechten ihre wichtigsten Verbände, ebenso wie der Großteil der Linken und der Antirassismus- sowie Menschenrechtsvereinigungen, eine Position, die sich als „Weder für die Burqa noch für ein Gesetz" resümieren lässt. Sie fürchten, dass die sich abzeichnende Debatte um ein spezielles Verbotsgesetz, welche die öffentliche Meinung zwischen fremdenfeindlich motivierten Verteidigern des – mal als christlich, mal als aufgeklärt definierten – Abendlands einerseits und kleinen extremistischen Sektenströmungen anderseits polarisieren könnte, auch den „normalen" und ihre Religion als Privatangelegenheit praktizierenden Moslems schaden könnte. Von der Fokussierung der Medienberichterstattung und der öffentlichen Debatte(n) auf besonders demonstrative Praktiken einer kleinen Minderheit befürchten sie eine stigmatisierende Wirkung.

Linke übt überwiegend Kritik

Deswegen möchte die parlamentarische wie außerparlamentarische Linke überwiegend kein spezielles Verbotsgesetz, mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Die gemeinsame Parlamentsfraktion von KP und Grünen blieb deswegen (anders als die Sozialdemokratie) am vorigen Dienstag auch dem Votum über die Annahme einer feierlichen Resolution, in welcher die „republikanischen Werte" bekräftigt und das Burqatragen durch die Nationalversammlung verurteilt werden, bewusst fern. Der nordfranzösische KP-Abgeordnete (und ihr früherer Fraktionsvorsitzender) Alain Bocquet bezeichnete die Abstimmung über die Resolution als „Maskerade".

Einzige Ausnahme war der KP-Abgeordnete André Gerin, Bürgermeister der Lyoner Vorstadt Vénissieux. Er gehört zum traditionell etatistischen, staatlich-autoritär ausgerichteten Flügel innerhalb der Partei und steht in Opposition zur (aus seiner Sicht zu „modernistischen" und „an den Zeitgeist angepassten") Parteiführung unter KP-Chefin Marie-George Buffet. Im Rahmen einer Fernsehsendung sprach Gerin sich jüngst auch vehement gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus und bedauerte, dass in dem (2005 abgelehnten) Verfassungsvertrag für die Europäische Union – respektive dem an seine Stelle getretenen Lissabonner Vertrag – kein Bezug auf „die christlichen und jüdischen Wurzeln Europas" mehr enthalten sei[2].

Alles in allem zeigt Gerin sich davon überzeugt, dass es einen kaum überwindbaren Graben zwischen den „Lebensformen" von Moslems einerseits, „christlich und jüdisch geprägtem Abendland" andererseits gebe. Von Juni 2009 bis Januar 10 hatte André Gerin zusammen mit dem konservativen Abgeordneten Eric Raoult die parlamentarische Untersuchungskommission über ein Burqa-Verbot geleitet.

Sozialdemokratie: Versuch des Hindurchlavierens

Die französische Sozialistische Partei unter Martine Aubry wiederum tritt zwar für gesetzliche Verbote der Burqa ein, aber nur in speziell begründeten Fällen – eine Vollverschleierung soll etwa bei Behördengängen und an Serviceschaltern sowie aus Sicherheiterwägungen heraus verboten werden können – und nicht als allgemeines Bekleidungsverbot.

Dies stellt einen Unterschied zu den französischen Konservativen dar, die in ihrer Mehrheit hingegen für ein Totalverbot eintreten. Überwiegend, weil sie Burqa oder Niqab als besonders krasse Symbole einer „Herausforderung des Abendlands" durch manifeste fremde Präsenz betrachten. Allerdings vermischen sie dies in ihrer Argumentation oft mit dem Heranzitieren von Frauenemanzipation und Frauenrechten. Aufgrund dieser Differenz, aber auch, um (trotz ihrer Zustimmung zur o.g. Resolution) nicht im Schlepptau des Regierungslagers zu erscheinen, haben die Sozialisten am 4. Mai einen eigenen Gesetzentwurf zum Thema vorgelegt.

Konservative Rechte: „Legal, illegal, scheißegal" ?

Der konservative Bürgerblock wiederum hält an einem Gesetz für ein Totalverbot fest, obwohl dieses wahrscheinlich durch den obersten Gerichtshof oder aber die europäischen Richter in Luxemburg kassiert werden dürfte: Diese betrachten ein Sondergesetz, das nicht allgemeingültigen Imperativen – etwa der Notwendigkeit, Empfänger/innen von Leistungen auf einer Behörde identifizieren zu können – gehorcht, sondern eine spezielle Gesinnung zu sanktionieren versucht, als Verstoß gegen die Grundrechte.

Auch der französische Conseil d'Etat – der oberste Verwaltungsgerichtshof – hatte am 30. März in einer Stellungnahme erklärt, ein allgemeingültiges Verbot ohne besondere Anlassgründe würde voraussichtlich als rechtswidrig beanstandet werden. (Das letzte Wort wird dazu freilich nicht der Conseil d'Etat als höchster Verwaltungsrichter, sondern der von ihm unabhängige Verfassungsgerichtshof haben.) Doch prompt kündigte die Regierungspartei UMP an, dass sie sich über diese höchstrichterliche juristische Analyse hinwegsetzen möchte.

Reaktion(en) des FN

Ihrerseits reagierte die extreme Rechte u.a. durch den Mund von Marine Le Pen. Diese bezeichnete das geplante Verbotsgesetz als „lächerliche Episode", da es nur „ein Symptom" behandele[4]. Ähnlich reagierte zuvor auch die, ihren Rivalen – beim begonnenen Rennen um den Parteivorsitz – Bruno Gollnisch unterstützende Publikation ‚Droite Ligne' (ihr Name bedeutet so-

wohl „Rechte Linie“ als auch, ungefähr, „Zielgerade“).

Dennoch ist interessant, wie in beiden Fällen die „Krankheit“, die in den beiden Fällen als „hinter dem Symptom versteckt“ bezeichnet wird, dabei definiert wird. Dabei stechen gewissen verbale Unterschiede ins Auge. Die Ausgabe Nr. 3 von ‚Droite Ligne’, die beim 1. Mai-Aufmarsch des FN vertrieben wurde, enthält auf ihrer Seite 3 eine Überschrift: „Der Baum (Burqa) soll den eingewanderten Wald verdecken“. Es ist also die Einwanderung respektive die Anwesenheit von Eingewanderten als solche, die hier unverblümt als das Übel selbst präsentiert wird. „Moderner“ und indirekter in der Wortwahl äußert sich hingegen Marine Le Pen, zitiert lt. der Nachrichtenagentur AFP. Als das Übel „hinter dem Symptom der Burqa“ erscheint bei ihr: „das ständige Anwachsen des Kommunitarismus, die durch die Regierung ermutigte positive Diskriminierung (Anm.: gemeint ist, zugunsten von Einwanderern), der dramatische Rückgang des Laizismus“. All dies taugt ihr zwar nur als Chiffre, um die angebliche Überzahl von Einwanderer/inne/n zum Problem zu erklären. Auffällig ist jedoch folgender Punkt: Ihre Wortwahl bezüglich „Kommunitarismus“, „Laizismus“ usw. erlaubt es ihr, an Diskurse und Diskussionen anzuknüpfen, bei denen Altfaschisten à la Bruno Gollnisch stets außen vor bleiben müssen.

Staatsbürgerschafts- und National-identitäts-Diskussion

Im Kern ist die aktuelle „Burqa“-Debatte nur der Aufhänger, um die ideologische Regierungskampagne rund um die „nationale Identität“ vom Winter 2009/10 mit anderen Mitteln fortzusetzen. Offiziell debattierte ganz Frankreich, u.a. auf 350 örtlichen Veranstaltungen unter Aufsicht von Staatsvertretern (Präfekten, Unterpräfekten, bisweilen auch Ministern), vom November 2009 bis zum Februar 2010 über seine „Nationalidentität“. (Wir berichteten ausführlich.)

Zwischenzeitlich ist diese staatsoffizielle so genannte „Debatte“ zwar fortgesetzt worden, aber nur auf niedriger Flamme. Am 8. April hielt der zuständige Minister „für Einwanderung und nationale Identität“ Eric Besson in Paris ein Seminar zum Thema „nationale Identitäten und europäische Identität“ ab, an dem u.a. auch die spanische (‚sozialistische‘) Einwanderungsministerin Anna Terron i Cusi und Italiens schwer rechtslastiger Außenminister Franco Frattini teilnahmen. Glaubt man einem nachträglich erschienenen Artikel des ‚Canard enchaîné‘, scheinen die Inhalte jedoch zum Teil eher grotesk und unfreiwillig witzig gewesen zu sein; demnach referierte Kulturminister Frédéric Mitterrand eiskalt über „Die Bedeutung des Kommas für die französische Identität“ (sic). Eine für April 2010 angekündigte Programmrede Nicolas Sarkozys zur Identitätsfrage scheint nicht gehalten worden zu sein, wofür Präsident Speedy Sarkozy zweifellos „entschuldigt“ ist, indem er sich auf die akute Wirtschafts- und Euro-Krise berufen kann. Seit Anfang Mai dieses Jahres lädt Eric Besson nunmehr einmal pro Woche eine prominente Person zu Diskussionen rund um die Nationalidentität ein. Sehr viel „praktischer“, und die Leute im Land emotional aufrüttelnder, als solcherlei komisch-pathetische Saaldiskussionen, ist dabei sicherlich die Neuauflage der nicht-enden-wollenden Islamdiskussion rund um „die Burqa“. Es besteht jedoch ein unverkennbarer Zusammenhang zwischen beiden Thematiken. Denn die Burqa-Diskussion ist längst faktisch zur Debatte darum geworden, wer in Frankreich zur Nation dazugehören (und/oder legal hierzulande leben) darf und wer nicht.

Zusätzlich befeuert wurde diese Ideologiekampagne jüngst durch eine „Affäre“ im westfranzösischen Nantes (vgl. AN 09/2010) um die Autofahrerin, die mit Gesichtsschleier am Steuer kontrolliert worden war, und um ihren angeblich „polygamen Ehemann“. Minister Eric Besson hat inzwischen eingeräumt, ein Entzug der französischen Staatsangehörigkeit sei im Falle Liès H. schlussendlich „unwahrscheinlich“. Aber längst ist die Botschaft via Presse oder Fernsehen in fast alle Haushalte gedrungen, die da lautet: „Darf dieser Mann wirklich Franzose sein?“ Und: „Er betrügt – mitsamt seiner Brut – Frankreich um Sozialleistungen“, weil nämlich die angeblich von ihm geschwängerten (aber nicht mit ihm verheirateten) Damen Kindergeld als Alleinerziehende bezogen hätten. Den Ministern Brice Hortefeux (Inneres) und Besson (Immigration & nationale Identität) ging es bei der Affäre unverkennbar vor allem darum, ein Exempel zu statuieren – um einen Fall des Entzugs der französischen Staatsbürgerschaft, motiviert durch so genannte „kulturelle“ Praktiken, als legitim erscheinen zu lassen. Besson trat mittlerweile in eine regelrechte Kampagne für die Möglichkeit eines solchen Entzugs ein[5]. Als weiteren legitimen Beweggrund dazu, eine solche Maßnahme durchzuführen, nannte er inzwischen die Mädchenbeschneidung[6] – die in manchen afrikanischen Familien praktiziert wird, in Frankreich jedoch weitgehend zum Verschwinden gebracht werden konnte und ohnehin unter Strafe steht, d.h. als gefährliche Körperverletzung geahndet werden kann.[7] Bislang ist der Entzug der, einmal erworbenen, französischen Staatsbürgerschaft nur äußerst schwer und fast nur bei so genannten Terrorismusdelikten überhaupt möglich. Das Regierungslager möchte ihn nunmehr erleichtern. Auch soll das Spektrum der Anwendungsfälle erweitert werden.

Offensichtlich dienen Burqa und Polygamie dabei nur als Vorwand, um eine neue, legitime Grenze zwischen „Uns“ und „Ihnen“ zu ziehen. Der Grünenpolitiker Noël Mamère sprach deswegen Ende April 10 von einem „Geruch von Vichy“[8]. Dafür zog er sich Kritik zu, etwa seitens der Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné’ (vom 12.5.10), die monierte, der frühere Fernsehjournalist und Präsidentschaftskandidat der Grünen im Jahr 2002 habe unzulässig „die Burqa und den gelben Stern miteinander verglichen“. In Wirklichkeit hatte Mamère jedoch einzig auf die neu angefachte Debatte um den nachträglichen Entzug der französischen Staatsbürgerschaft abgehoben.

Die letzte massive Anwendung der rechtlichen Möglichkeit, Personen ihre einmal erworbene französische Staatsangehörigkeit wieder abzuerkennen, hatte es tatsächlich unter dem Vichy-Regime gegeben. (Betroffen waren damals, es wird nicht verwundern, überwiegend jüdische französische Staatsbürger. Dieser juristische Mechanismus wurde damals, in der Vichy-Ära, insgesamt circa 15.000 mal benutzt.) In seinem berüchtigten Einwanderungsprogramm vom November 1991 hatte der Front National sich ebenfalls für einen solchen Mechanismus ausgesprochen.

Auch die prominente Fernsehjournalistin Colombe Schneck hat sich inzwischen daran erinnert gefühlt, dass ihrem rumänisch-jüdischen Großvater unter Vichy die Staatsangehörigkeit entzogen worden sei. Deshalb versuchten Journalisten des (links-)nationalistischen Wochenmagazins ‚Marianne‘, sie wegen „falscher historischer Vergleiche“ – pardon für den Namenwitz - zur Schnecke zu machen.[9]

Unterdessen haben Regierungspolitiker, aber auch Blogger angeregt, eine „Staatsbürgerschaft mit Punktesystem“ einzuführen, die durch die damalige Labour-Regierung in Großbritannien im August 2009 „geprüft“ worden war. In einem solchen System kann man – ähnlich wie beim Punkteführerschein – je nach Fehlverhalten eine bestimmte Anzahl von Punkten einbüßen; bis hin zum Entzug der Nationalität, wenn der Punkteverlust zu hoch ausfällt.[10] *Bernhard Schmid, Paris* ■

1 Die parlamentarische Sitzungsperiode dauert normalerweise von Oktober bis Juni, vgl. http://www.linternaute.com/actualite/dossier/05/vacances-politiques/qu-est-ce-que-les-vacances-parlementaires.shtml

2 Vgl. http://www.famillechretienne.fr/societe/justice/le-communiste-andre-gerin-etlaburqa-leurope-se-fera-en-reconnaissant-nos-racines-judeo-chretiennes-_t7_s35_d56627.html

3 Vgl. http://lafranceetlhommeafricain.blogs.nouvelobs.com/archive/2010/05/15/les-racines-chretiennes-de-l-europe.html

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2010/05/11/97001-20100511FILWWW00537-burqa-episode

5 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/05/05/2061079_besson-se-dit-pret-a-modifier-le-code-de-la-nationalite.html oder http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2010/05/04/01016-20100504ARTFIG00386-besson-envisage-de-modifier-le-code-de-la-nationalite.php

6 Vgl. http://www.afrik.com/breve20461.html

7 Vgl. dazu http://jungle-world.com/artikel/2009/06/32575.html

8 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/04/24/2046554_ noel-mamere-cette-histoire-de-niqab-au-volant-a-un-parfum-de-vichysme-qui-sent-tres-mauvais.html

9 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/05/03/2058479_des-journalistes-de-marianne-2-clashent-colombe-schneck-esprit-de-vichy-es-tu-la.html

10 Vgl. http://heresie.hautetfort.com/archive/2010/04/28/polygamie-et-nationalite-a-points.html oder http://www.marianne2.fr/Un-permis-a-point-pour-la-nationalite-francaise_a192273.html?com



CSU und FDP setzen faulen Lagerkompromiss durch

München. 6.5.10. Sozialausschuss: Oppositionsgesetzentwürfe zur Lagerunterbringung abgelehnt, Lagerkompromiss von CSU und FDP ist beschlossen / Unmut über Verhalten des Sozialministeriums bei den Mindeststandards für Flüchtlingslager

CSU und FDP haben bei der heutigen (6.5.) Sozialausschusssitzung des Bayerischen Landtags ihren Kompromiss zur Lagerunterbringung von Flüchtlingen in Bayern durchgesetzt. Bernhard Seidenath (CSU) behauptete trotz der völlig ungenügenden Neuregelung: „Heute ist ein besonderer Tag für die Flüchtlinge in unserem Land". Die zeitliche Befristung der Lagerunterbringung auf 4 Jahre nach dem Ende des Asylerstverfahrens bezeichnete er als Durchbruch, obwohl aufgrund der Ausschlussklauseln nur wenige Flüchtlinge in den Genuss einer Auszugserlaubnis kommen werden.

Deutlich selbstkritischer argumentierte die Ausschussvorsitzende Brigitte Meyer von der FDP. „Der Kompromiss, den wir gefunden haben, ist der kleinste gemeinsame Nenner", sagte sie. Die FDP sei vor der Wahl gestanden, entweder diesem Kompromiss zuzustimmen, oder keine Neuregelung zu erreichen. „Wir haben uns als FDP mehr gewünscht" als diesen Minimalkonsens.

Grüne, SPD und Freie Wähler verurteilten einmütig diese minimale Neuregelung der Koalition. Dr. Hans-Jürgen Fahn (FW) monierte: „Das sind Millimeter-Fortschritte, die gemacht werden". Renate Ackermann (Grüne) erinnerte noch einmal daran, dass bei der ExpertInnenanhörung vor einem Jahr im Bayerischen Landtag alle Sachverständigen feststellten, dass Flüchtlingslager psychisch und körperlich krank machen, und kritisierte: „Die Hardliner in der CSU haben sich wieder einmal durchgesetzt".

Bei allen Fraktionen herrschte Unmut über das Verhalten des Sozialministeriums in Bezug auf die Mindeststandards für Flüchtlingslager. Obwohl seit eineinhalb Jahren über diese Mindeststandards debattiert wurde, hat das Sozialministerium eigenmächtig solche festgesetzt und erst gestern dem Sozialausschuss zugeleitet. Es könne nicht sein, dass die Mitglieder des Sozialausschusses erst aus dem Fernsehen erfahren, dass diese Mindeststandards bereits seit 1. April 10 in Kraft getreten sind. Joachim Unterländer (CSU): „Wir können nicht das Verwaltungshandeln kontrollieren, wenn wir die entsprechenden Dienstanweisungen nicht kennen".

Der Bayerische Flüchtlingsrat ist empört über den Kompromiss von CSU und FDP zur Lagerunterbringung von Flüchtlingen. „Dieser Minimalkonsens löst höchstens kurzfristig die Probleme der Koalition, nicht jedoch die Probleme der Flüchtlinge", wirft Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, der Regierung vor. „Von der CSU war nichts anderes zu erwarten. Dass aber die FDP als Partei, die sich den Bürger- und Menschenrechten verpflichtet sieht, der CSU nicht mehr abgehandelt hat, ist enttäuschend. Wir werden nicht nachlassen in unserem Kampf gegen die Lagerpflicht für Flüchtlinge. Wenn eine Lösung auf Landesebene nicht möglich ist, muss jetzt die Bundesebene ran. Die FDP fordert dort die Streichung des Sachleistungsprinzips aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Grünen und die Linke haben bereits Gesetzentwürfe zur kompletten Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes eingebracht. Mit beiden Maßnahmen wäre Bayern die bundesgesetzliche Grundlage entzogen, Flüchtlinge über Jahre in Lager einzuweisen".

Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Erfolgreiche Demo gegen Abschiebungen von Roma

Karlsruhe. Am 8.5.2010 protestierten ca 1000 Menschen in Karlsruhe gegen die Abschiebung der Roma in den Kosovo.12000 bis 15000 Roma sind von den Abschiebungen betroffen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe organisiert die Abschiebungen im gesamten süddeutschen Raum mit Chartermaschinen vom Baden-(Deportation-)Airpark. Aufgerufen hat Bündnis gegen Abschiebungen vom Deportation Baden-Airpark.

„Wer bleiben will, soll bleiben! – Stopp Deportation" war auf mehreren Transparenten zu lesen. Auch eine Samba-Gruppe mit heißen Rhythmen hatte sich der Demonstration angeschlossen. Etwa 70 kleine und größere Gruppen und Organisationen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen. Die Demonstranten, darunter viele Migrantinnen und Migranten sind sich einig, die Flüchtlingspolitik in Deutschland muss geändert werden, die Abschiebungen dürfen nicht weitergehen. Engagiert und kreativ sind die unterschiedlichsten Losungen wie („Kein Mensch ist Illegal", „Sand in der Abschiebemaschinerie", Bleiberecht für alle") auf Schilder und Stoff gebracht worden. Eine politisch entschlossene Demonstration von Jung und Alt hatte sich hier auf den Weg gemacht, um auch gegenüber der Innenministerkonferenz, die am 27./28. Mai in Hamburg stattfindet, klar zu machen: Abschiebungen, nicht mit uns."

Gleich zu Beginn der Demonstration hatte Bernd Mesovic von der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL ein „Sofortiges Ende der Roma-Abschiebungen in den Kosovo" gefordert. Bernd Mesovic weiter: „Die Bundesregierung weiß, was die Abgeschobenen erwartet. Die Mehrheit muss in absoluter Armut leben, in Behelfsunterkünften ohne sanitäre Anlagen oder Heizung." Er ging nochmals auf die historische Verpflichtung Deutschlands ein: „Hunderttausende Roma wurden Opfer des Holocaust, viele auf dem Balkan. Der Umgang mit Roma-Flüchtlingen, die insbesondere in den letzten 15 Jahren Schutz vor Verfolgung gesucht haben, ist die Nagelprobe auf das Bekenntnis, aus der Vergangenheit lernen zu wollen."

Bei weiteren Zwischenkundgebungen wurde von Aktion Bleiberecht Freiburg ein Ende der Abschiebungen vom Baden-Airpark gefordert und die Abschiebepolitik des Landes und ihrer ausführenden Behörde, des Regierungspräsidiums Karlsruhe verurteilt.

Eine bunte, laute und politisch entschlossene Demonstration positionierte sich deutlich gegen weitere Abschiebungen vom Baden-Airpark und gegen die Abschiebebehörde des Landes Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe. Viele Menschen schlossen sich in der Karlsruher Innenstadt spontan dem Demonstrationszug an. Neben zahlreichen Flüchtlingsräten aus Hessen, NRW, Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg, sowie PRO ASYL, bekräftigten verschiedene Flüchtlingsgruppen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen die Forderung „Bleiberecht für Roma! – Schluss mit den Abschiebungen!" „Wer bleiben will, soll bleiben!"

Ein Redner aus Syrien verurteilte das Rückübernahmeabkommen mit Syrien und die damit drohenden Abschiebungen. 7.000 Personen aus Syrien, die schon jahrelang in einem Duldungsstatus hier leben, sollen abgeschoben werden.

Ein Redner der Roma, noch sichtlich erschüttert von seinen Eindrücken bei einer vor kurzem stattgefundenen Kosovoreise, verurteilte das Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo, wonach 15.000 Menschen abgeschoben werden sollen. Darunter befinden sich 11.000 Angehörige der

Romaminderheiten. Bernd Mesovic von PRO ASYL sagt bei der Auftaktkundgebung treffend: „Die meisten müssen mit einem Leben am Rande der Müllkippe rechnen“. Rednerinnen von alarm e.V. aus Offenburg gingen in ihrem Beitrag auf die Rolle der Exekutive ein, die die Polizei gegenüber den in Deutschland lebenden Flüchtlingen eingenommen hat. Angehalten durch unzählige Gesetze von der Residenzpflicht, über Frontex bis zur Abschiebung etabliert sich immer stärker die Exekutive in der Flüchtlingspolitik. „Eine Welt, in der Waren und Finanzen ungehindert fließen, Menschen aber an Grenzen scheitern und sterben, erfordert unseren Widerstand!“ so die Rednerin.

Ein Vertreter des Aktionskreis Internationalismus (AKI) Karlsruhe benannte als wesentliche Fluchtursachen die Kriege z.B. um Rohstoffe wie im Kongo oder Irak oder die systematische Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aus Profitgründen. Allein die hausgemachte so genannte Klimakatastrophe wird nach Angaben der UNO bis zum Jahre 2050 weitere 50 Millionen in die Flucht treiben. Wesentlich für die Beseitigung der Fluchtursachen sei daher die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem Mensch und Natur nur lästige Kostenfaktoren sind.

Die deutsche Bundesregierung war mitverantwortlich für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der mit seinen Folgen für die Flucht und Vertreibung von vielen Tausend Roma verantwortlich war. Es sei ein Skandal, dass die deutsche Bundesregierung diese Menschen nun ein zweites Mal vertreiben will.

Anstatt die Fluchtursachen zu bekämpfen bekämpfe die EU die Flüchtlinge. Die Militärische Flüchtlingsabwehr der EU führe jedes Jahr zu tausenden von Toten an den Außengrenzen der EU.

Ein Flüchtling aus Nigeria kritisierte in einem Redebeitrag deutlich das Regierungspräsidium Karlsruhe für die Zusammenarbeit mit der nigerianischen Botschaft und die damit verbundenen Zwangsvorführungen von in Deutschland lebenden Flüchtlingen. Die Zwangsvorführungen haben nur ein Ziel: die Abschiebung!

Das Bündnis, das zur „Kampagne gegen die Abschiebungen vom Deportation Baden-Airpark“ aufgerufen hat, bekräftigte nochmals die Entschlossenheit, die Kampagne weiterzuführen. Solange die Abschiebungen nicht vom Tisch sind, wird der Widerstand weitergehen, aber stärker vernetzt. „Gebt Kirchenasyl, wo Kirchasyl verlangt wird!“ , „Steht den Betroffenen zur Seite, wenn sie unsere Solidarität brauchen“, „Macht die Abschiebungen öffentlich“ und „geht auf die Straße, wenn Protest notwendig wird“ und „verhindert die Abschiebungen, versteckt die Menschen, wenn es anders nicht mehr geht“. In sämtlichen Redebeiträgen, in Forderungen auf den Transparenten, in zahlreichen Publikationen die verteilt wurden, im Engagement der TeilnehmerInnen und Teilnehmer wurde deutlich, dass niemand diese Abschiebungen will. „Wer bleiben will, soll bleiben!“ Der Baden-Airpark und das Regierungspräsidium Karlsruhe werden die Adressen für weiteren Protest sein.

Quelle: Bündnis gegen Abschiebungen vom Deportation Baden-Airpark - http://de.indymedia.org ■



Warm-Up für das Karawane Festival 2010

BREMEN. Das Karawane Festival 2010 findet vom 4. bis zum 6. Juni in Jena „gegen Neokolonialismus und Rassismus – Unite against colonial injustice!“ in Erinnerung an die Toten der Festung Europa statt. „Kommt mit und nach Jena, kommt zum Warm Up an den Osterdeich!“ heißt es im Bremer Aufruf. Bei dem Warm Up in Bremen sprechen Flüchtlinge aus verschiedenen Staaten Westafrikas, dem Iran, Kurden aus der Türkei und aus Syrien und Roma aus dem Kosovo Sprechen. Sie berichten vom Widerstand gegen Ausgrenzung und Rassismus mit seiner tödlichsten Folge: Die Abschiebung von Flüchtlingen.

Quelle: thecaravan.org ■

Karawane-Festival 2010 vom 4. bis 6. Juni in Jena

JENA. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen wird Anfang Juni mit vier Bühnen, mehreren Kunstinstallationen, Happenings, Paraden, Ausstellungen und Vorträgen das Stadtzentrum von Jena prägen. Das Open-Air-Festival wird den künstlerischen und kulturellen Aspekt des Kampfes von Flüchtlingen gegen Neo-Kolonialismus und Rassismus auf die Straßen bringen. Es trägt das Motto: „Vereint gegen koloniales Unrecht, in Erinnerung an die Toten der Festung Europa“.

Zum Auftakt des Festivals wird ein Mahnmal für die Tausenden von Toten der Festung Europa durch drei internationale Künstlergruppen errichtet. Als zentrales Ereignis wird am Sa., 5.6.10 eine Maskenparade mit original westafrikanischen Masken die Flüchtlinge, die auf ihrem Weg nach Europa gestorben sind, symbolisch Einzug in die Stadt halten lassen. Die Masken werden derzeit in Nigeria von professionellen Maskenbildnern gefertigt und demnächst in der Thüringischen Universitätsstadt eintreffen.

In einem mannigfaltigen Kulturprogramm werden der tägliche Widerstand der Flüchtlinge gegen Ausgrenzung durch Lager, Stigmatisierung durch Lebensmittelgutscheine, Unterdrückung durch Sondergesetze wie der Residenzpflicht und gegen Abschiebungen als tödlichster Folge bundesdeutscher Behördenpraxis gewürdigt. Den tödlichen Folgen der Militarisierung der EU- Südgrenzen durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX wird eigens eine Bühne gewidmet.

Viele internationale Gäste, darunter Vertreter der Association Malienne des Expulsés (AME), einer Selbsthilfeorganisation abgeschobener Flüchtlinge aus Mali, werden nach Jena reisen und von ihrer Arbeit berichten.

Das Festival will antirassistische AktivistInnen vereinen und die Dynamik des Widerstands neu entfachen. Damit soll die Vielfalt und der Druck aller bisherigen Kampagnen erhöht werden.

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen widersetzt sich seit 1998 dem alltäglichen Rassismus von Behörden und Polizei, der institutionalisierten Diskriminierung von Asylsuchenden und der Kriminalisierung von Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht. Die Karawane kämpft für die Aufklärung der Morde an Oury Jalloh, Dominique Koumadio, Laye Konde und allen weiteren Opfern rassistischer Polizeigewalt, sie streitet für die Abschaffung des Lagersystems in Deutschland, erkämpfte bereits die Schließung des Isolationslagers in Katzhütte und kämpft weiter für die Schließung der Lager in Möhlau, Remscheid, Bramsche, Gerstungen und Gangloffsömmern / Thür. und an vielen anderen Orten.

Bereits im Jahr 2000 organisierte die Karawane in Jena unter dem Motto „Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung“ einen Kongress mit rund 800 Teilnehmern. Damals wurden viele Flüchtlinge von der Residenzpflicht eingeschüchtert und an der Teilnahme am Kongress gehindert. ➔

Flüchtlingsaktivistlnnen, die den Kongress mitorganisiert hatten, wurden Repressalien ausgesetzt. Daraufhin wurde im Jahr 2000 in Jena eine Kampagne zivilen Ungehorsams gegen die Residenzpflicht initiiert. Bezogen darauf heißt es im Aufruf zum Karawane-Festival: „Wir werden diese menschenfeindliche Praxis unterlaufen. Zusammen und ohne Angst vor Repression durch Kontrollen und Residenzpflicht.“. Ein „Legal Team“ wird im Ernstfall während des Festivals von Residenzpflicht betroffenen Flüchtlingen zur Seite stehen.

Neben dem Organisationsteam in Jena arbeiten in verschiedenen Städten lokale Gruppen an der Vorbereitung und Mobilisierung zum Karawane-Festival 2010. Im Laufe des dreitägigen Festivals werden ca. 3.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet, mehreren europäischen Nachbarländern und auch weltweit erwartet.

125 Künstler, davon 35 Musiker, werden teilnehmen.

In Jena wird die Vorbereitung von AktivistInnen des The VOICE Refugee Forum getragen, einem Netzwerk von politischen Flüchtlingen/AktivistInnen, die sich seit 1994 gegen die menschenunwürdige Situation von Flüchtlingen in Thüringen und ganz Deutschland engagieren.

http://karawane-festival.org
http://thecaravan.org/festival
http://thevoiceforum.org/festival ■

Rechte werben mit halbnackten Roma

SLOWAKEI. Die mitregierende Slowakische Nationalpartei (SNS) geht vor der Parlamentswahl im Juni mit einem rassistischen Plakat auf Stimmenfang. Unter dem Bild eines beleibten Roma mit nacktem, tätowiertem Oberkörper ist der Slogan „Damit wir nicht mehr jene durchfüttern, die nicht arbeiten wollen“ zu lesen. Die Menschenrechtsorganisation „Menschen gegen Rassismus“ hat wegen des Plakats eine Strafanzeige in Aussicht gestellt, berichtet die Tageszeitung „Sme“.

Selbst dem nationalistischen Staatspräsidenten Ivan Gasparovic, der bei seiner Wiederwahl im Vorjahr noch von der SNS unterstützt worden war, geht das Plakat offenbar zu weit. „Die Wähler sollen selbst bewerten, ob sie eine solche Wahlkampagne ethisch finden oder nicht“, ging Präsidentensprecher Marek Trubac auf Distanz. Zurückhaltender reagierte der für Minderheitenschutz zuständige Vizepremier Dusan Caplovic. Er wolle sich nicht zum Wahlkampfstil einer bestimmten Partei äußern, sagte Caplovic-Sprecher Michal Kalinak.

Die SNS-Vizechefin und stellvertretende Parlamentsvorsitzende Anna Belousova betonte, dass das Plakat keineswegs rassistisch sei, sondern auf eindeutigen statistischen Daten beruhe. „Der Großteil jener, die nicht arbeiten wollen und am meisten aus dem Sozialsystem beziehen, sind Zigeuner“, sagte Belousova der Zeitung. Ihre Partei richte sich gegen alle, die nicht arbeiten wollten, „ungeachtet der Hautfarbe“, beteuerte die Stellvertreterin von SNS-Chef Jan Slota. Belousova fordert unter anderem, „verwahrloste“ Roma-Kinder in Erziehungsheime zu stecken.

Das Plakat signalisiert nach Ansicht von Beobachtern einen Strategiewandel der SNS, deren bisherige Wahlkampagnen sich vor allem gegen Ungarn gerichtet hatten. Miroslav Mares, tschechischer Experte für Rechtsextremismus, erklärte, durch das Schüren der Anti-Roma Gefühle wolle die SNS die Stimmen rechtsextremer Wähler für sich gewinnen.

Offenbar handelt es sich um eine Reaktion auf den Erfolg der rechtsextremen „Slowakischen Gemeinschaft“ (Slovenska Pospolitost / SP) von Marian Kotleba, die bei der Regionalwahl im Vorjahr mehr als 14 Prozent der Stimmen in der Region Banska Bystrica errang. Kotlebas Partei warb damals mit dem Slogan „Schluss mit der Begünstigung der Zigeuner-Parasiten“ um Zustimmung.

Kotlebas Partei kandidiert auch bei der Parlamentswahl und könnte die SNS, die derzeit an der Fünf-Prozent-Hürde für den Wiedereinzug ins Parlament liegt, entscheidende Stimmen kosten.

Roma Virtual Network,
romale@zahav.net.il, 5.5.2010 ■

Handel mit Passersatzpapieren

NIEDERSACHSEN. Der Handel mit Passersatzpapieren in Niedersachsen bleibt undurchsichtig. Eine jetzt beantwortete Anfrage der SPD-Landtagsfraktion bringt zwar zahlreiche Details zu Abschiebungen zutage, eine letztendliche Aufklärung leistet sie aber nicht. „Fakt ist, um Abschiebungen – auch in zweifelhaften Fällen – zu realisieren, ist diesem Innenminister jedes Mittel recht. Das gilt für die umstrittene Beschaffung von Passersatzpapieren genau so, wie für zweifelhafte ‚Gesundschreibungsgutachten‘ bei vorliegenden Abschiebehindernissen trotz vorhandener gesundheitlicher Beeinträchtigungen“, sagte Klaus-Peter Bachmann, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Donnerstag in Hannover.

Die SPD hatte im vergangenen Jahr den florierenden Handel mit Passersatzpapieren bei Abschiebungen nach Guinea zum Thema gemacht, nachdem bekannt geworden war, dass zahlreiche Kommunen dafür stark überhöhte Gebühren gezahlt haben. Vor allem der Landkreis Cuxhaven war dabei negativ aufgefallen. Die örtliche SPD-Abgeordnete Daniela Behrens sagt dazu: „Die Form der Beantwortung der kleine Anfrage und der in Anspruch genommene Zeitraum sind eine Unverschämtheit und eine Missachtung der parlamentarischen Kontrollrechte.“ Fast fünf Monate brauchte das Innenministerium für die Beantwortung der Anfrage. Eine komplette und umfassende Beschreibung der Abschiebesituation ist allerdings nicht entstanden, denn nicht alle Kommunen haben Angaben zur Ausstellung von Passersatzpapieren gemacht. Behrens: „Die Landesregierung greift gern bei den örtlichen Ausländerbehörden in Einzelfällen ein, schafft es aber nicht, die Berichtspflicht zu diesem Thema umzusetzen. Auch das zeigt, die Wertigkeit, die der Innenminister der Aufklärung der Abschiebepraxis einräumt.“

Bisher dokumentiert ist die Beschaffung von 1087 Passersatzpapieren in den Jahren 2006 bis 2009 in Niedersachsen. Dafür sind mehr als 68000 Euro an Gebühren geflossen. „Da aber die Daten der Landkreise Göttingen, Harburg, Hildesheim, Northeim, Rotenburg und Stade sowie der Städte Braunschweig und Göttingen fehlen, dürfte die tatsächliche Zahl weit darüber liegen“, schätzt Behrens. Neben der Unvollständigkeit macht die SPD-Abgeordnete auch Ungereimtheiten bei den vorgelegten Daten aus.

Im Fall der Abschiebungen nach Guinea stimmen zum Beispiel die Daten nicht mit den Angaben einer früheren Anfrage der SPD überein. „Für Guinea werden jetzt 11 ausgestellte Passersatzpapiere für Gebühren von insgesamt 5445 EUR aufgeführt. Aber in der Antwort der Anfrage vom vergangenen Herbst werden schon 18 Abschiebungen für Gebühren von 12405 Euro genannt.“

Pro Passersatzpapier mussten die Kommunen Gebühren zwischen 15 und 2500 Euro zahlen. Vor allem für Abschiebungen in afrikanische Länder hätten deutlich erhöhte Gebühren gezahlt werden müssen. Entlarvend sei, dass der Innenminister deutlich darauf hinweise, dass es bei den Abschiebungen von Ausländern nicht darum gehe, die tatsächliche Staatsangehörigkeit festzustellen. „Es geht in Wirklichkeit um das Finden eines Staates, in den abgeschoben werden kann. Und dafür wird jede Gebühr gezahlt“, so Bachmann.

Der Landkreis Cuxhaven hat in den vergangenen vier Jahren mehr als 10000 Euro für Passersatzpapiere ausgegeben. Damit liegt er mit Abstand an der Spitze der aufgeführten Kommunen. „Bemerkenswert ist, dass verschiedene Ausländerbehörden deutlich unterschiedliche Preise für Papiere für das selbe Land bezahlt haben“, hob Behrens hervor. So habe im Jahr 2008 der Landkreis Cuxhaven zur Abschiebung eines Menschen nach Guinea 2500 Euro in bar für ein Passersatzpapier bezahlt. Im selben Jahr schob der Landkreis Emsland nach Guinea ab, zum Preis von 250 Euro.

Bachmann und Behrens fordern einen jährlichen Bericht zur Beschaffung von Passersatzpapieren und einen kritischen Umgang der kommunalen Ausländerbehörden bei der Bezahlung von Gebühren.

Quelle: PM SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, vom 29.4.10 ■

Protest gegen Teilnahme von Kriegsschiffen

Die Hamburger Friedensbewegung protestiert gegen den Auftritt der Bundeswehr und anderer Marinen beim diesjährigen Hafengeburtstag. In ihrer Stellungnahme heißt es:

Die Fregatte HAMBURG soll wieder einmal die Einlaufparade anführen. Der schwarz-grüne Senat hätte den Gedenktag 8. Mai, den 65. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Hitlerfaschismus, anders begehen können, als ausgerechnet das deutsche Militär dadurch zu ehren, dass es die Einlaufparade des größten Hafenfestes der Welt anführen darf.

Es zeugt von mangelndem Geschichtsbewusstsein des Hamburger Senats und verhöhnt die vielen Millionen Opfer des deutschen Militärs im Zweiten Weltkrieg.

Die HAMBURG ist mit 733 Millionen Euro die teuerste deutsche Kriegswaffe. Sie ist damit noch um etwa 100 Millionen Euro teurer gewesen als der Luxusliner „Queen Mary II".

Die HAMBURG ist zur Führung von Einsatzgruppen auf den Weltmeeren hergestellt worden, Einsatzgruppen, die mittels Korvetten nahe an fremde Küsten vordringen können. Korvetten sind mit Marschflugkörpern ausgestattet, die mehr als 200 km weit auf Land schießen können. Das hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Fregatten sind Bestandteil eines aggressiven maritimen Konzepts zur globalen Machtentfaltung einer militarisierten Seemacht Deutschland.

Der Senat pflegt mit der Fregatte HAMBURG eine Patenschaft, die das aggressive Wesen dieser Kriegsmonster verschleiert und verharmlost. Auch die Teilnahme am Hafengeburtstag dient diesem Zweck. Das Angebot „Open Ship" soll junge Leute für die Bundeswehr werben.

Kriegsschiffe haben auf Bürgerfesten nichts zu suchen! Bundeswehr und Senat setzen auf einen Gewöhnungsprozess an das Militär.

Das Hamburger Forum bekräftigt seine Forderung an den schwarz-grünen Senat, die Patenschaft mit dem Kriegsschiff HAMBURG aufzulösen. Das Hamburger Forum demonstriert auf der Elbe (kleines Bild).

Für einen Hafengeburtstag ohne Kriegsschiffe! *Hamburger Forum* ■



Dortmund, 8.5.2010: Verhüllung des Krieger-Denkmals in Dortmung-Marten

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts, Dortmund stellt sich quer, die VVN/BdA, die „Aktion 65 plus" und das Dortmunder Friedensforum hatten am 8. Mai zu einer politischen Kunstaktion eingeladen. Das Kriegerdenkmal in Dortmund-Marten, in den Jahren 1935/36 errichtet, ist eines jener Denkmäler, die in ihrer heroisierenden Darstellung des Soldatentums und des „Heldentodes" weniger die Toten des 1. Weltkrieges betrauern, als vielmehr auf den geplanten Raub- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands einstimmen sollten. Mit einer großen Friedensfahne wurde das militaristische Denkmal eingehüllt und die Botschaft der Überlebenden von KZs und Vernichtungslagern verdeutlicht: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!"

Foto: Uwe Bitzel, www.arbeiterfotografie.com

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Das Debakel am Rhein“

Junge Freiheit 20/10 vom 14. Mai 2010

In seinem Kommentar zur NRW-Wahl meint Blatt-Herausgeber Dieter Stein, die Mehrheit für Rot-Rot-Grün hänge weniger mit der Anziehungskraft ihrer Ideen zusammen als vielmehr „mit dem Fehlen einer bürgerlichen Führung, die diesen Namen verdient“. Auch durch ihre Enthaltung zum Griechenland-Pakt habe die SPD punkten können. Dagegen seien die „gegen Islamisierung und Überfremdung kämpfenden diversen rechten Splitterparteien“ „beim Euro-Debakel nicht als Alternative registriert“ worden und hätten auch die Schweigemauer der Medien nicht durchbrechen können. In der Schweiz z. B. wundere man sich über die Langmut der Deutschen, dort gäbe es mit der SVP eine „starke freiheitlich-konservative Kraft, die die Eidgenossen von EU-Abenteuern abhält“. Bedauernd stellt Stein fest, dass es zurzeit keine Rechtspartei mit Anti-EU-Drall“ gibt: „Daß hierfür weder Personal, Struktur noch Geld in Sicht ist, wissen wir. Überfällig ist eine solche Alternative allemal.“

Auch Felix Krautkrämer bescheinigt Pro NRW allenfalls einige Achtungserfolge. Mit 1,4 % habe man deutlich den Einzug in den Landtag verpasst „Und das, obwohl sich die Partei über mangelnde mediale Aufmerksamkeit nicht beklagen konnte (das sieht Krautkrämer offenbar anders als Stein) und mit annähernd 500.000 Euro auch über ein beachtliches Wahlkampfbudget verfügte.“

Freuen könne sich pro NRW jetzt immerhin über erhebliche finanzielle Zuwendungen und man sei besser gewesen als die direkte Konkurrenz, doppelt so stark wie die NPD viermal stärker als die „Republikaner“.

Offenbar hat man dort auch nachgefragt, wie das Ergebnis eingeschätzt wird: „Das Ergebnis sei ‚niederschmetternd,‘ sagte die Landesvorsitzende Uschi Winkelsett gegenüber der JF. , Wir haben unsere Ziele nicht erreicht.‘ Ganz überrascht sei sie nicht gewesen. ‚Ich habe gespürt, dass die Luft raus war.“ Gefragt, ob sie noch einmal für den Vorsitz kandidieren werde, ließ Winkelsett die Antwort offen. „Man fragt sich mittlerweile wirklich, wofür?“ zitiert sie das Blatt. Rechts sei offenbar einfach out, und auch mit dem Thema Anti-Islam sei keine Wahl zu gewinnen, auch wenn Pro NRW das gerne glaube.

Erwähnenswert noch, dass Interview-Partner in dieser Ausgabe der frühere Grüne und jetzige CDUler Oswald Metzger ist, der jetzt „Weisheiten“ wie diese von sich gibt: „Die politische Rechte gehört auch in Deutschland in das demokratische Spektrum, wenn sie auf rassistische Ressentiments und Minderheitenhetze verzichtet.“

„Der Adler braucht auch einen rechten Flügel“

Nationalzeitung Nr. 20 vom 14. Mai 2010

Zum Ausgang der NRW-Wahl greift Herausgeber Gerhard Frey selbst zur Feder. Für ihn ist das Wahlergebnis eine „Quittung für Merkel“, die NRW-Wähler hätten CDU und FDP abgestraft. Die Kredite an Griechenland, der „verlorene Kolonialkrieg“ in Afghanistan, dass Merkel den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet und am Tag der NRW-Wahl nach Moskau fährt, wo doch „die Deutschen den Siegermächten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert“ gewesen seien, all das hat für Frey zu diesem Ergebnis geführt.

Dass zurzeit keine rechte Partei in der Lage ist, die 5%-Hürde zu nehmen, kommentiert Frey eher lakonisch: „Früher oder später werden an deutschen Interessen orientierte Patrioten von der totalen Veränderung der politischen Landschaft profitieren… Der Adler braucht auch einen rechten Flügel. Das beweist schon die unerträgliche antideutsche Politik von Personen wie Merkel.“

NPD geht in sich

Auf den Webseiten der NPD und des Landesverbandes der Partei in NRW finden sich ebenfalls bereits Stellungnahmen zum Ausgang der Wahl in NRW.

Bundesvorsitzender Udo Voigt kommentiert: „Uns bleibt nüchtern festzustellen, daß die Entwicklung der letzten Jahre für ALLE Patrioten sehr bescheiden ist. Alle müssen sich hinterfragen, warum es trotz einer dramatischen politischen Großwetterlage nicht wirklich vorwärts geht. 2,4 Prozent der Wähler gaben NPD, Pro NRW und den REP die Stimme. Das mag insgesamt mehr sein als 2005; diese Stimmen entfielen aber nicht auf eine nationale Partei, sondern teilen sich sehr unterschiedlich auf konkurrierende Parteien und Organisationen auf.“ Nicht die Partei selbst bestimme ihr Bild in der Öffentlichkeit sondern die Medien: „65 Jahre Umerziehung, geistige und politische Verblödung sowie die daraus resultierende Unfähigkeit vieler Bürger, handeln und verändern zu wollen, lähmen unser Volk“, klagt Voigt. Würde man so vorteilhaft behandelt wie DIE LINKE. „wäre ein Erfolg der NPD garantiert“.

Der NPD-Landesvorstand hat inzwischen nach Eigenangaben sieben Stunden beraten, um festzustellen, dass man in NRW „strukturelle Defizite“ hat. Außerdem habe die finanzielle Unterstützung durch die Bundespartei zu wünschen übrig gelassen und man sei auch personell nicht gut unterstützt worden. Als erste Maßnahmen wurden die Einsetzung von 5 Regionalbeauftragten für die 5 Regierungsbezirke beschlossen, die Absetzung der Vorstände von zwei Kreisverbänden – wen es getroffen hat, wird nicht gesagt –, und noch für dieses Jahr bis Ende 2011 eine „große Mitgliederkampagne“ angekündigt. *u.b.* ■

Neue Funktion für Molau

Andreas Molau, früher Funktionär der NPD, dann der DVU, erscheint nach der Erweiterung des Herausgeberkreises der geschichtsrevisionistischen Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (Tübingen) auch dort im Impressum. Er sitzt neben Verlagsleiter Wigbert Grabert hier mit dem in Südafrika wohnenden Neonazi Claus Nordbruch und dem stellvertretenden NPD-Vorsitzenden und Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ Karl Richter zusammen. Zuvor wurde er bereits presserechtlich verantwortlich für den jetzt monatlich erscheinenden „Euro-Kurier“, der ebenfalls im Grabert-Verlag angesiedelt ist. *Newsletter DIE LINKE, BAG Antifaschismus: ag.rex@die-linke.de* ■

